

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Heute mit 32 Seiten

Switzerland first and forever!

2

Sprachwandel oder Sprachdiktat?

9

Die gefährlichen Wege der WHO

21



Eine geopolitische Standortbestimmung

Switzerland first and forever!

Das nachstehende Referat, hier in gekürzter Form abgedruckt, hat der Präsident von Pro Schweiz, Dr. med. Stephan Rietiker, Digital Health Experte und Unternehmer, anlässlich der ersten Generalversammlung von Pro Schweiz am 3. Juni 2023 in Bern vor rund 700 Mitgliedern gehalten.

Es ist leider eine Tatsache, dass das einst führende Abendland zusehends verkommt: Waren im frühen Mittelalter noch der Papst und die Monarchie bestimmend, kam mit dem Buchdruck ab dem 15. Jahrhundert die Wende, und es entstand bis im 17. Jahrhundert das Bildungsbürgertum. Es folgten Aufklärung, Widerstand gegen die Obrigkeit, Revolutionen – und so auch im 18. Jahrhundert etwa die Gründung der USA durch militärische Ablösung von der englischen Herrschaft. Die beiden Weltkriege und das nachmalige Wirtschaftswunder leiteten sodann die bisher letzte Blütezeit des europäischen Kontinents ein.



Seit 1990 verblasst die Wirtschaftskraft, grüne Politik kam auf, der Sozialstaat wurde immer mehr ausgebaut, Migration wurde zum Sozialtourismus. Das Internet wurde zur neuen globalen Kommunikationsplattform.

Im Korsett der Klimaneurotiker

Europa scheint gefangen im Korsett der Klimaneurotiker: Netto Null, Kohle statt Kernkraft, Benzin-

motor ade, Windräder statt Hirn, Vegan statt Fleisch, Kühe produzieren zu viel Abgase, grassierender CO₂-Wahn, Klimaterroristen kleben sich an Strassen fest: Das ist offenbar das neue Evangelium. Die unsinnige Klimapolitik führt zur «Deindustrialisierung» und letztlich zur Verarmung. Verbots- und Genderkultur sind wichtiger als wirtschaftlicher Erfolg. Die Gender-(Un)kultur greift zerstörend in das Gefüge der Familie ein, und die sogenannte Woke-Kultur zerstört unsere Sprache und unsere Netzwerke.

Zentralismus statt Eigenverantwortung

Staatlicher Zentralismus ersetzt zunehmend die Eigenverantwortung. Heute regieren in der westlichen Welt

weitgehend Ahnungslose unter dem Diktat der USA. Geschichtliche Fakten werden umgeschrieben und dem Zeitgeist angepasst. Eine kleine Elite weiss, was gut für uns ist. Globalisten, insbesondere die Weltgesundheitsorganisation WHO, wollen Nationalregierungen ausschalten. Und eine überholt geglaubte neue Form von Planwirtschaft in Landwirtschaft, Produktion, Ernährung keimt auf. Letztlich wollen Globalisten die Individualfreiheit beseitigen zugunsten des Kollektivs: Alles unter dem Titel «Demokratie und Solidarität».

Gleichgeschaltete, zensurierte Medien

Generell finden sich nur noch wenige Medien, die neutrale Information anstatt Fake News verbreiten. Auch die NZZ unter dem Diktat von Chefredaktor Eric Guyer betreibt gezielte Zensur. So wurde etwa meine Gegen Darstellung zu Thomas Borers Artikel zur Neutralität mit dem Hinweis abgelehnt, dass der Artikel nicht in die «Meinungsvielfalt der NZZ» passe. Ein weiteres Thema ist etwa die Zunahme von Interessenkonflikten, Vetternwirtschaft und Korruption gerade in der EU. Das Zitat von Markus Krall, einem deutschen Finanzexperten, bringt die Situation in Deutschland auf den Punkt: «Wenn die Bundesregierung durch die Mafia ersetzt würde, so würde die Korruption halbiert, aber der Spassfaktor verdoppelt».

Wie soll sich die Schweiz in diesem Tohuwabohu verhalten?

Der US-Botschafter in der Schweiz, Scott Miller, formulierte es kürzlich sehr undiplomatisch: «Die Schweiz ist das Loch im Donut.» Da kann ich Scott Miller nur zurufen: Wir werden das prosperierende Loch im Donut bleiben, nämlich eine Insel der Glückseligkeit, und der trockene Donut darum herum möge Ihnen im Halse stecken bleiben!

Es ist skandalös, dass einzelne Botschafter glauben, sich in herablassender Art in die Innenpolitik unseres Landes einmischen zu müssen, anstatt sich an die diplomatischen Gepflogenheiten des Gastlandes zu halten.

Leider hat Aussenminister Cassis diese Leute nicht zitiert und ihnen nicht gesagt, dass er sie im Wiederholungsfall ausweisen werde. Und was tun unsere Politiker, allen voran der Bundesrat? Sie winden sich und vermeiden es tunlichst, Stellung zu beziehen.

Plädoyer für eigenständige Elternschaft –
Abnahmezwang staatlicher Bildungsgüter hinterfragt. Wer ist für Bildung und Erziehung zuständig? die Eltern? – der Staat?

Erhältlich direkt bei **bod.ch** oder im Buchhandel
400 Seiten | Paperback | CHF 26.90
ISBN 9783749497430



Werner Gartenmann mit Tochter und Jungpolitikerin Stephanie im Gespräch mit Prof. Mark E. Villiger, der seine Sicht zur Neutralität darlegte. Im Hintergrund Markus Rezzonico.

Kampf für Neutralität und Souveränität

Wenn man den Unsinn in aller Welt beobachtet, sollte man sich auf das Zitat von Bertold Brecht besinnen: «Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht». Unser Volk verlangt vom Bundesrat, dass er unser Land schützt und den Wohlstand und die Souveränität sichert. Leider gibt es immer noch Kreise, die trotz der sich abzeichnenden ökonomischen Sackgasse in der EU näher an die EU oder gar in die EU möchten. Dazu ist ihnen jedes Mittel recht, selbst die Preisgabe der Neutralität und das Auslagern der Landesverteidigung an die Nato. Fallen wir nicht auf diesen billigen Taschenspielertrick von Links-grün und leider auch von Teilen der FDP herein!

LACHEN VERBOTEN!



«Mein Grossvater ritt auf einem Kamel, mein Vater tat dasselbe, ich fahre einen Mercedes, mein Sohn fährt einen Land Rover, aber mein Urenkel wird wahrscheinlich wieder auf einem Kamel reiten. (Denn) es gibt ein paar Prinzipien, die seit jeher alles im Leben bestimmen: Harte Zeiten formen starke Männer, starke Männer schaffen gute Zeiten, gute Zeiten gebären schwache Männer, und schwache Männer schaffen harte Zeiten. Viele werden es nicht verstehen, aber Wohlstand in unserem Land produziert Parasiten, keine Überlebenskämpfer.»

Zitat von Sheik Mohammad bin Rashid Al Maktoum (geb. 1949), dem Gründer von Dubai, auf die Frage, wie er die Zukunft seines Landes sehe (übermittelt von Dr. Stephan Rietiker, an der Mitgliederversammlung von Pro Schweiz)

Unsere immerwährende, integrale Neutralität, gestützt auf eine glaubwürdige Armee, ist die beste Versicherung für ein Leben in Freiheit und Wohlstand. Pro Schweiz wird an diesem Fundament mit aller Vehemenz festhalten.

Unsere Neutralität ist kein Ausdruck von Feigheit – im Gegenteil: Sie zeugt von Stärke und Beharrlichkeit. Sie

Fortsetzung auf Seite 5

Verteidigungsministerin oder Märchentante?

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl



hat uns seit über 200 Jahren vor kriegerischen Auseinandersetzungen bewahrt. Es ist wichtig, dass wir sie unseren Partnern erklären und uns strikt daran halten, denn sie ist nur so gut, wie sie von der Weltgemeinschaft auch wahrgenommen wird. Keinesfalls dürfen wir die Neutralität unter dem Druck von aktuellen Gegebenheiten anpassen beziehungsweise uns verbiegen.

Der Umstand, dass wir die Sanktionen gegenüber Russland übernommen haben, hat uns massiv geschadet. Noch mehr schadet es uns, wenn wir gegen aussen keine Standhaftigkeit zeigen. Man darf nicht vergessen: Rot-Grün-Mitte und Teile der FDP haben aus pazifistischen Motiven eine Verschärfung der Waffenausfuhrgesetze verlangt, um nun im Zusammenhang mit der Ukraine wieder umzukippen. Und jetzt ist auch der Bundesrat umgekippt und will Deutschland alte Leopard-Panzer liefern. Das ist purer Verrat an der Neutralität!

Neutralität in der Verfassung präzise klar definieren

Damit ist offensichtlich, dass wir die Substanz der Neutralität präzise regeln müssen. Darum unterstützt Pro Schweiz die Neutralitätsinitiative vorbehaltlos:

Art. 54a Schweizerische Neutralität

1. Die Schweiz ist neutral. Ihre Neutralität ist immerwährend und bewaffnet.
2. Die Schweiz tritt keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis bei. Vorbehalten ist eine Zusammenarbeit mit solchen Bündnissen für den Fall eines direkten militärischen Angriffs auf die Schweiz oder für den Fall von Handlungen zur Vorbereitung eines solchen Angriffs.
3. Die Schweiz beteiligt sich nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten und trifft auch keine nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten. Vorbehalten sind Verpflichtungen gegenüber der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) sowie Massnahmen zur Verhinderung der Umgehung von nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen anderer Staaten.
4. Die Schweiz nutzt ihre immerwährende Neutralität für die Verhinderung und Lösung von Konflikten und steht als Vermittlerin zur Verfügung.

WHO untergräbt Souveränität

Die aktuell grösste Gefahr für unsere Souveränität kommt derzeit von der WHO bzw. den neuen Internationalen Gesundheitsrichtlinien (International Health Regulations) sowie dem neuen WHO-Pakt. War die



WHO früher ein Kompass für den humanitären Einsatz zugunsten der globalen Gesundheit, verkommt sie unter dem jetzigen Generaldirektor zu einer nur auf Profit und Kontrolle ausgerichteten supranationalen Organisation, die um jeden Preis Regierungsgewalt an sich reißen will. Dabei wird sie von den USA, Deutschland, Bill Gates und interessanterweise auch vom WEF finanziell massiv unterstützt.

Im Wesentlichen geht es um folgendes: Die WHO will zur Gesundheits-Weltregierung werden, ihre Anordnungen sind völkerrechtlich verbindlich. Der Generaldirektor kann jederzeit und ohne Konsultation eine Pandemie ausrufen. Würde, Menschenrechte und die Grundfreiheiten von Personen müssen nicht beachtet werden.

Mit dem Prinzip «One Health» wird Gesundheit über einen Leisten geschlagen und für alle Länder verbindlich erklärt, wobei es einen über die Pandemien hinausgehenden Kontrollauftrag gibt. Empfehlungen werden zu Verpflichtungen. Die Durchsetzung kann polizeilich oder via Militär erfolgen. Ebenso kann die WHO zwangsweise Medikationen und Impfungen für alle Menschen sowie die Produktion von Medikamenten anordnen und einen weltweiten digitalen Impfpass einführen. Und wer nicht vollständig geimpft ist, wird als krank eingestuft.

Aufgrund der vorliegenden Vertragsentwürfe ist es klar: Wenn diese Verträge und Regularien in Kraft treten, ist es müssig, dass wir noch über Neutralität und Souveränität debattieren. Deshalb haben wir eine Arbeitsgruppe gebildet, die eine Kampagne gegen die neuen Verträge lancieren wird, um deren Ratifizierung zu verhindern.

Aussenpolitik und EU

Am 21. Mai 2023 hat Pro Schweiz dem Bundesrat einen offenen Brief zukommen lassen, in dem wir die folgenden nicht verhandelbaren roten Linien gegenüber der EU zusammengefasst haben:

Keine automatische Übernahme von EU-Folgerecht. Keine Unterstellung der schweizerischen Gesetzgebung (inklusive Referendumsrecht und Gerichtsbarkeit) unter die Rechtsprechung des EU-Gerichtshofs. Keine rechtlichen Verknüpfungen von Abkommen mit sogenannten «Guillotine-Klauseln». Keine Verpflichtung, das Freihandelsabkommen von 1972 via «Guillotine-Klausel» mit anderen Abkommens-Paketen zu verknüpfen und das Freihandelsabkommen zu «modernisieren». Keine Abkommen in einem institutionellen Rahmen. Keine Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie bei der Personenfreizügigkeit.

Knackpunkt Migration und Personenverkehr

Die gegenwärtig zur Schau getragene operative Hektik von gewissen Politikern ist nicht nachvollziehbar. Der einzige wirkliche Knackpunkt, den es bald zu regeln gilt, ist die Migration bzw. der unkontrollierte Personenverkehr. Zudem darf sich die Schweiz nicht nur auf die EU konzentrieren. Sie muss schon aus Gründen der Risikominimierung den Kontakt zu andern Partnerstaaten intensivieren – insbesondere zu den USA und den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, Saudi-Arabien). Denn die Zukunftsaussichten der EU sind düster. Darum erwarten wir vom Bundesrat, dass er die Prioritäten erkennt und entsprechend reagiert.

Und zum Schluss, verehrte Damen und Herren, versichere ich Ihnen eines: Pro Schweiz wird eisern an unseren Prinzipien festhalten und alles vorkehren, damit Neutralität, Souveränität und Freiheit langfristig gesichert werden. Weder Zensur noch der Versuch, uns auszugrenzen, werden uns daran hindern. Zu unseren Gegnern in Bundesbern sage ich in Anlehnung an die Worte des römischen Kaisers Caligula: «*Sie mögen uns zwar nicht lieben, solange sie uns nur fürchten*».

Unser Name «Pro Schweiz» ist Programm. Seien wir mutig und entschlossen. In unserer Geschichte mussten oft schwierige Herausforderungen gemeistert werden, und am Ende ist es gut herausgekommen. Wir schulden das unseren Vorfahren und der jungen Generation. Herzlichen Dank für Ihren Einsatz. Switzerland first and forever!

Stephan Rietiker

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Wir haben Nein gesagt



Da streiten sie seit Wochen, ob die anbrandenden Massen, die über unsere Landesgrenze drängen, in Container-Pyramiden, in Turnhallen, in Militär- oder Zivilschutzunterkünften einquartiert werden sollen.

Dazu sei mit aller Klarheit festgehalten: In der Schweiz haben Volk und Stände bereits vor bald zehn Jahren Nein gesagt zur Massenzuwanderung. Das Nein zur Masseneinwanderung ist Verfassungsauftrag – auch für das Parlament, besonders auch für Bundesrat und Bundesverwaltung.

Es geht um nichts weniger als die Zukunft unserer Schweiz: Wer vor der unser Land zunehmend bedrängenden Masseneinwanderung noch immer die Augen verschliesst, macht sich schwer mitschuldig am Untergang der traditionellen, freiheitlichen, föderalistischen Schweiz. Wann endlich konfrontiert eine Gemeinde, die von Bundesbern zur Unterbringung weiterer Einwanderer gezwungen wird, die Bundesbehörden mit der überfälligen Absage: Solange der Bundesrat den Verfassungsauftrag «Nein zur Masseneinwanderung» missachtet, nimmt unsere Gemeinde keine Zuwanderer, keine Asylanten, keine echten und vor allem keine unechten Flüchtlinge mehr auf. Auch die Gemeinden haben die Verfassung ernst zu nehmen. Wenn Bundesbern die Verfassung missachtet, haben die Gemeinden dem Bund die Quittung zu präsentieren: Keine Aufnahme weiterer Flüchtlinge, solange Bundesbern die Verfassung verletzt.

Spalte
rechts

Frau Bundesrätin Baume-Schneiders notorisches Lachen in Ehren. Als Tarnung ihrer Inkompetenz gegenüber dem Verfassungsauftrag «Nein zur Masseneinwanderung» ist es deplatziert. Wir haben genug von kollabierenden Schulen, vom aus allen Nähten platzenden Gesundheitswesen, von Verkehrslawinen und überfüllten Zügen, die wir zu finanzieren haben, auf dass sie von unberechtigt Eingewanderten allzu oft kostenlos genutzt werden. Zu streiten ist nicht über geeignete und weniger geeignete Unterkünfte. Zu erfüllen ist endlich der Verfassungsauftrag, die Masseneinwanderung bereits an der Grenze zu stoppen.

Unser Aufruf an alle Wählerinnen und Wähler: Jede Kandidatin, jeder Kandidat für einen Parlamentssitz ist mit der Frage zu konfrontieren: Sind Sie bereit, den Verfassungsauftrag «Nein zur Masseneinwanderung» endlich umzusetzen? Ausflüchte zählen nicht! Wer diesen Verfassungsauftrag nicht so umsetzt, wie ihn der Souverän beschlossen hat, hat in Bern nichts zu suchen!

Ulrich Schliuer



MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

Nervosität im Nachbarland

Deutschland. Ein Wintermärchen.

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Wer in unserem Nachbarland die Regierung kritisiert, lebt mittlerweile gefährlich. Zumindest wenn seine Partei im Aufwind ist.



Weil sich ihm in Deutschland der Restaurationszeit als getauftem Juden keine Möglichkeit für eine juristische Tätigkeit bot, emigrierte Heinrich Heine 1831 nach Frankreich. Als er nach Jahren wieder nach Deutschland einreiste, beschrieb er in seinem berühmten Gedicht «Deutschland. Ein Wintermärchen» die repressiven Grenzbeamten:

*Ihr Thoren, die Ihr im Koffer sucht!
Hier werdet Ihr nichts entdecken!
Die Contrebande, die mit mir reist,
Die hab' ich im Kopfe stecken.*

Linksgrüne Prickelhauben

Viel geändert hat sich in Deutschland seither nicht. Die linksgrünen Pickelhauben versuchen immer noch, Staatsfeinde zu eliminieren. Angesichts steigender Umfragewerte hat der Verfassungsschutz genannte Inlandgeheimdienst bereits die AfD-Jugendorganisation Junge Alternative als «gesichert

Churz & Bündig

Zürichs links-grün dominierter Stadtrat verkauft «seine» Stadt seit Monaten plakativ als «Grünstadt Zürich». Müsste man, Abstimmungsergebnisse respektierend, die Stadt fortan nicht weit treffender als «Faulstadt Zürich» verkaufen?

*

Interessanter Kommentar zu einer Serie eingesandter, ausgefüllter Unterschriftenbogen zur Initiative «200 Franken sind genug» (Begrenzung der SRG-Jahresgebühr): «Bin zwar ein klassischer Linker, aber hier stimme ich Ihnen zu hundert Prozent zu! Viel Erfolg!» Danke für dieses Bekenntnis.

*

Der Bundesrat nimmt das Energie-Problem vorbildlich ernst: Er beschloss soeben, neue Limousinen für alle Bundesräte anzuschaffen. Obwohl die derzeit benutzten Fahrzeuge (vor allem grosse Mercedes) noch tadellos «im Schuss» sind, werden sie, weil nicht elektrisch angetrieben, ausgemustert. Den ersten elektrischen BMW i7 soll Frau Amherd erhalten. Die andern folgen der Reihe nach. Kosten pro Fahrzeug in der Bundesratsversion: Mindestens 180'000.– Franken. All das demonstrativ für sparsame Klimapolitik.

us

rechtsextremistisch» eingestuft. Das Volksverständnis der Jungen Alternative widerspreche dem Grundgesetz. Der Staat und seine Repräsentanten an sich würden von der Jungen Alternative verunglimpft.

Geheimdienstliche Überwachung

Die blosse Mitgliedschaft in der AfD-Jugendorganisation kann den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel, sprich die geheimdienstliche Überwachung, in Gang setzen. Und sie genügt, wie zu Heines Zeiten, dass Mitglieder der ungeliebten Partei vom Staatsdienst und aus der Polizei ausgeschlossen werden können. Legitime Positionen innerhalb des demokratischen Spektrums führen also in Deutschland immer noch zu staatlicher Repression – bis hin zum Berufsverbot.

Grenzhaftbefehl

Und wie Heine, gegen den das Königreich Preussen einen Grenzhaftbefehl ausstellte, werden unbequeme Stimmen gar strafrechtlich verfolgt. Ein Beispiel ist der junge AfD-Sympathisant Niklas Lotz. Lotz, der in den sozialen Medien als «Neverforgetniki» auftritt, hat sich zu einem Star der alternativen Medienszene entwickelt. Seine 300'000 YouTube-Anhänger versorgt er vor kurzem dem Gymnasium entwachsene Berichterstatter mit Videos. Darin thematisiert er häufig die eingeschränkte Meinungsfreiheit in Deutschland. Deshalb wird er vom Staat genau observiert.

«Riccarda Lang ohne Intelligenz»

Die nach freiheitlichen Massstäben harmlose Bemerkung «Riccarda Lang sitzt ohne jede Intelligenz im Bundestag» hat zu einem Strafverfahren gegen den jungen Mann geführt. Wegen seiner Kritik an einer Regierungspartei wurde er zur Vernehmung vorgeladen. Erst nach Monaten und unter Einschaltung eines Anwalts, der Druck machte, wurde das Verfahren eingestellt. Dabei kam heraus, dass es das deutsche Bundeskriminalamt BKA war, welches den Blogger überwacht und angezeigt hat.

Verhungern im Gefängnis

Bei pointierter Kritik an der Regierung muss man also im Deutschland des 21. Jahrhunderts mit einer Anzeige des BKA und einer Vorladung der Polizei rechnen. Da wollen wir doch gleich nochmals Heine zitieren:

*So übel war es in Deutschland nie,
Trotz aller Zeitbedrängnis –
Glaub mir, verhungert ist nie ein Mensch
In einem deutschen Gefängnis.*

Hermann Lei

TRAUMHAFT

ERLEBEN, GENIESSEN & WOHLFÜHLEN



**RESTAURANT
****HOTEL
Vogelsang**

WIR FREUEN UNS AUF SIE!

Familie Burkhard
Hotel Restaurant Vogelsang
Vogelsang 2
6205 Eich

Tel. +41 (0)41 462 66 66
mail@vogelsang.ch
www.vogelsang.ch
7 Tage offen

Die «gendergerechte» Sprache

Sprachwandel oder Sprachdiktat?

von Prof. Dr. Mario Andreotti, Dozent für Neuere deutsche Literatur, St. Gallen

Dass sich unsere Sprache dauernd wandelt, ist längst ein Gemeinplatz. Wörter und ihre Bedeutungen haben sich im Verlaufe der Geschichte verändert und verändern sich weiter. Unser Wort «Dirne» etwa meinte in mittelhochdeutscher Zeit, ja noch bis zu Goethe, so viel wie «Jungfrau»; und heute, da ist eine Dirne wohl alles andere als eine Jungfrau.



Sprachwandel ist ein Vorgang, der sich nicht gezielt lenken lässt, der sich ganz im Gegenteil der bewussten Steuerung durch die Sprecher weitgehend entzieht. Was aber die sogenannte gendergerechte Sprache betrifft, hat mit Sprachwandel, obwohl dies von den Befürwortern immer wieder behauptet wird, nichts zu tun, ist vielmehr bewusste Sprachlenkung, ja Sprachdiktat. Es ist eine feministische Minderheit, die der Sprachgemeinschaft das Gendern oktroyiert hat, um so eine angebliche Gleichstellung der Geschlechter durch die Sprache zu bewirken. Das aber entspricht nicht der Realität: Die Sprache reagiert erst auf Veränderungen in der uns umgebenden Welt und nicht umgekehrt. Die Unterscheidung von Frau und Fräulein verschwand beispielsweise erst, nachdem auch die unverheiratete Frau gesellschaftlich emanzipiert war.

Die Befürworter des Genderns argumentieren damit, dass im Deutschen grammatisches und natürliches Geschlecht gerne gleichgesetzt würden. Wie kam es aber zu dieser Gleichsetzung, ja Verwechslung von Genus und Sexus? Ein Blick in die deutsche Sprachgeschichte kann uns da Aufschluss geben. Im 17. Jahrhundert, zurzeit der barocken Sprachgesellschaften, übersetzten deutsche Grammatiker, unter ihnen Justus Georg Schottelius, das lateinische Wort «Genus» mit (grammatisches) «Geschlecht» und nannten den Artikel «Geschlechtswort». Das öffnete der Verwechslung mit «Sexus» Tür und Tor, und dies umso mehr, als die Genera nun männlich (der), weiblich (die) und sächlich (das) genannt wurden.

Johann Christoph Adelung, der bedeutendste deutsche Grammatiker des 18. Jahrhunderts, nannte die Neutra «Wörter ungewissen Geschlechts und «geschlechtslos», wobei er das dritte Geschlecht unserer Tage noch nicht im Auge hatte. So wurde die deutsche Grammatik durch eine fragwürdige Übersetzung gleichsam sexualisiert, indem ein Fachbegriff eine Alltagssprachliche Zusatzbedeutung erhielt. Die meisten Kinder hören im Sprachunterricht noch heute vom Hauptwort und dessen Geschlecht.

Diese Zusatzbedeutung liegt dem vor allem von Feministinnen geschürten Streit über die angebliche Diskriminierung der Frauen bei der Unterlassung weiblicher Wortformen zugrunde. Dabei wissen wir längst, dass grammatisches und natürliches Geschlecht in der

deutschen Sprache, aufs Ganze gesehen, wenig miteinander zu tun haben. Spitzel als grammatisches Maskulinum bezeichnet ebenso wenig nur Männer, wie etwa Person als Femininum nur Frauen meint. Und ein Lehrerzimmer steht Lehrern wie Lehrerinnen offen; ein Führerschein berechtigt Frauen wie Männer zum Autofahren. So gesehen, entpuppt sich das Genderproblem am Ende als das, was es ist: als Scheinproblem.

Trotzdem fordern heute vermeintlich emanzipierte Kreise beinahe stereotyp, es dürften nur noch Wörter verwendet werden, die nicht a priori «männlich» zu verstehen seien, ordnen Arbeitgeber und Behörden an, ihre Mitarbeiter hätten sich im Dienstbetrieb einer gendergerechten Sprache zu bedienen. So kam es schliesslich zu Texten, die uns in dumpf aufgeblähter, mit Gendersternen oder Sprechpausen verunstalteter Sprache begegnen oder die nur noch aus z. T. schwerfälligen neutralen Partizipien (Zu-Fuss-Gehende statt Fussgänger) bestehen.

Doch all diese Vorschläge sind im Grunde keine Lösungen, da sie zum einen in der gesprochenen Sprache nicht funktionieren und zum andern partizipiale Formen sich längst nicht bei allen Nomen herstellen lassen. Die Abgeordneten erlauben das beispielsweise nicht. Und das Bedenklichste daran: Die Suche nach einer gendergerechten Sprache hat nicht zur gewünschten Gleichberechtigung der Geschlechter geführt, sondern zu zerstörerischen Eingriffen in die deutsche Sprache.

Mario Andreotti

Prof. Dr. Mario Andreotti, ehem. Gymnasiallehrer und heute Dozent für Neuere deutsche Literatur, ist ein profunder Kenner der schweizerischen Bildungs- und Sprachlandschaft. 2019 veröffentlichte er im Verlag FormatOst dazu das vielbeachtete Buch «Eine Kultur schafft sich ab. Beiträge zu Bildung und Sprache».



«Schweizerzeit»-Special

Fr. 69.– pro Monat exkl. MWSt.
inkl. 300 Kopien und Vor-Ort-Garantie

A3-Farbkopierer, -Scanner, -Drucker und -Telefax

inkl. Original-Einzug, 2 Kassetten, Stapel-Einzug, Unterschrank, TOP-Qualität, dank 1200 dpi, Duplex, Netzwerk, USB 2.0, automat. Hefter, Air-Print, Super Touch-Display, farbig

3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCotex AG – 041 799 50 00

Leserbriefe

Erneut 625 Millionen ins Horizon-Projekt verlockt

Einst – vor der Teilnahme am EU Horizon-Programm – zeigten unsere Universitäten Bodenhaftung und Innovationskraft. Heute sind sie zum Teil ideologisch verseuchte Brutstätten von Pseudowissenschaften – wie z.B. die COVID-Angstmacherei des Volkes oder die Klima-Beherrschung durch den Menschen. Studienabgänger ohne Lebenserfahrung und Kinder-Ikonen wie Greta Thunberg blasen der (Bildungs-)Politik heute den Marsch, statt dass besonnenes Handeln zugunsten des Schweizer Volkes umgesetzt wird.

Auch der Bundesrat täte gut daran, sich auf die ureigenen und über mehrere 100 Jahre erfolgreichen Verfassungsgrundsätze sowie die bewährte Demokratie zurückzuerinnern und danach zu handeln, statt dem Einheitsbrei der EU nachzuhecheln. Bundesbern will die AHV kürzen, aber den illegalen Pseudoflüchtlingen will man Milliarden in den Hintern stopfen. Der Bundesrat und die Mehrheit des Parlaments lechzen nach Notrecht, um das Volk nicht fragen zu müssen: COVID-19 und die CS lassen grüssen! Als Vorbild agiert offensichtlich die Elite der Europäischen Union. Zu alledem segnen die Parlamentarier in Bern ihre als «Diäten» beschönigten Bezüge auch noch selbst ab – vergleichbar mit den Boni-Abzockern! Summa summarum eine tragische Verwahrlosung des Rechtsstaates Schweiz. Wer gebietet Einhalt?

Edy Falger, Dietikon ZH

Nachlese zum Bankendebakel

Wie ruiniert man eine Bank? Man nehme unsere linken landes- und marktfeindlichen Medien und gebe eine gehörige Portion negativer Äusserungen der Saudis als Grossaktionäre dazu und nutze die in Amerika erfolgten Bankenpleiten, um mit dieser Mischung die Leute derart zu verängstigen, dass sie ihr Vertrauen in die angepeilte Bank verlieren und ihr Guthaben abrupt abziehen. Die Schweiz eignet sich ganz besonders für solche Aktionen, weil sich ausser der SVP keine Partei für unser Land wirklich einsetzt und die meisten sich sogar als Anwälte für ausländische Interessen betätigen.

Ernst Landolt, Gross SZ

Ausgetrickste Bevölkerung

Im ganzen – nun leider verlorenen – Abstimmungskampf zum «Klimaschutzgesetz» hat eine Mehrheit offensichtlich geglaubt, mit einem Ja werde der Klimawandel gestoppt. Man hätte den Leuten zurufen müssen: «Halt! Ihr werdet alle ausgetrickst!»

Denn einerseits haben wir in der Schweiz schon fast null Prozent CO₂-Ausstoss erreicht – und solange die massive Zuwanderung anhält, kann man gar nie Null erreichen. Zudem sind da auch noch die zwanzig Prozent CO₂, die mit der Atemluft über unsere Landesgrenzen

kommen. Sie kommen ungehindert – so wie der Regen – mit der globalen Luftzirkulation zu uns, schmelzen die Gletscher und verursachen die ganze Klima-Misere, und niemand tut etwas dagegen. China, Indien und viele andere Länder mit Abermillionen Einwohnern fabrizieren billiger als wir und schicken uns das CO₂ gratis mit Luftpost. Die «Klimaschützer» und Strassenkleber sollten dort demonstrieren gehen!

Walter Studer, Breitenbach SO

Nach der Abstimmung zum «Klimaschutz-Gesetz»

Die rund 59 Prozent der Stimmbürger, welche dem sogenannten «Klimaschutzgesetz» zugestimmt haben, kennen – so hoffe ich – auch die Klimageschichte. Denn wer sie nicht kennt, kann auch kein Urteil abgeben. Dasselbe gilt für das CO₂. Ohne CO₂ («Netto Null») gäbe es gar keine Lebewesen mehr.

Das gilt auch nach der Abstimmung. Die Aktivisten und gewisse Politiker fälschen und unterschlagen ihnen nicht genehme Daten. Auch als es noch keine Menschen und Autos gab, vor Millionen von Jahren, folgten sich Eiszeiten und Wärmeperioden. Auch die Glaziologen beweisen, dass es eine Periode ohne Gletscher gab. Das Grundproblem liegt meines Erachtens darin, dass der Mensch alles im Griff haben möchte. Aber das ist, Gott sei Dank, nicht möglich.

Hans Brandenberger, Adlikon bei Andelfingen ZH



Wohnen in einem
HIDEAWAY aus Holz für
Körper, Geist und Seele



APPENZELLER HUUS

A Lifestyle Wellness
Community

**2.5- bis 4.5-Zimmer-
Eigentumswohnungen
und Serviced Apartments als
attraktive Anlagemöglichkeit
im idyllischen Gonten im
Appenzellerland**

- Exklusivität bis ins Detail
- Mitnutzung eines 5-Sterne-Wellness-Bereichs
- Natürliche Bauweise aus lokalem Massivholz
- Traumhafte Lage nahe beim Golfplatz
- Neubauprojekt - Bezug ab Ende 2024 / Anfang 2025



appenzellerhuus-wohnen.ch
verkauf@appenzeller-huus.ch
+41 071 510 95 95

Naive Entscheidungen



Dummheit ist ein Privileg des Menschen; die Natur kennt sie nicht. Keine Tiergruppe würde ausgerechnet ihre dümmsten Protagonisten zu Entscheidungsträgern machen. Wir schon! Zwei authentische Fallbeispiele:

Englands soziales Wohnsystem. Schafft es ein Asylbewerber im «United Kingdom» Fuss zu fassen, hat er beim Wohnraum ausgesorgt. Ihm wird vom Wohnungsamt Wohnraum zugewiesen, für die im hohen Kostenanteil die «social security» aufkommt. Der Gag: Die Miete zahlt das Sozialamt – aber nicht dem Vermieter, sondern dem Asylanten in cash. Von dort fliesst das Geld weiter in den Privatkonsum, der Vermieter geht leer aus. Er wirft den säumigen Mieter aus der Wohnung, was den kaum stört. Denn er weiss, dass das Sozialamt verpflichtet ist, ihm neuen Wohnraum zu beschaffen. Sind Kinder dabei, hat die Neuzuweisung gleichentags zu erfolgen. Das Ganze wiederholt sich endlos.

Schweizer Schulen und das Windel-Problem. Weil hierzulande immer mehr Eltern sich weigern, ihre Kinder den Windeln zu entwöhnen, delegieren sie dies an die Schule. Der Schweizer Lehrer-Dachverband dementiert nicht: Primarschüler bis zu 11 oder 12 Jahren hocken in



Erwachsenen-Windeln vor genervter Lehrerschaft und lassen anatomisch ausgedrückt, den «Dingen ihren freien Lauf». Schulleiter Philipp Grolimund, Co-Präsident des Aargauer Schulleiterverbandes: «Windeln im Klassenzimmer sind ein Unding!» Doch in den kantonalen Schulbehörden sitzen Leute, die das gut finden. Entwicklungspädagogin Rita Messmer warnt in der SonntagsZeitung: «Immer mehr Primarschüler kommen nicht aus den Windeln.»

Sich im Klassenzimmer einnässende Viertklässler sind Alltag, und selbst ältere Schüler «lassen laufen». Nun regt sich Gegenwehr. In Spreitenbach AG verschickt die Schulleitung Flyers an die Eltern, sie sollen ihr Windel-Problem nicht fremddelegieren. Der Schulaufruf erfolgt nebst Deutsch in nicht weniger als elf Sprachen, u.a. in Tamilisch, Arabisch, Türkisch, Serbisch, Albanisch, Tigrinya/Erträisch.

Verblüffendes Fazit: In England überantwortet man Asyl-Schutzbefohlene lieber der Obdachlosigkeit als dass man das Wohngeld dem Vermieter entrichtet. In der Schweiz wird dem Lehrkörper von Eltern dümmlich-dreist Windelwechsel zugemutet, statt dem Klein-Pascha zu zeigen, wie er den «Thron» besteigt, auf dem er seinen Eltern gegenüber «machtpolitisch» ja schon längst hockt.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Den Leuten reinen Wein einschenken

Über CO₂ wird gelästert, als wäre es für jedes Wetter verantwortlich. In Tat und Wahrheit ist CO₂ im Kohlenstoff/Sauerstoff-Kreislauf eingebunden. So wie die Politik reagiert, müsste der Kreislauf längst aus dem Gleichgewicht fallen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, den CO₂-Anteil der Luft herabzusetzen: Weniger CO₂ produzieren – oder die grüne Lunge vergrössern. Von der zweiten Lösung will die Politik nichts wissen, umso mehr plädiert sie für die technische Lösung. Die fossilen Energieträger sollen komplett verboten werden. Über die wirklich weitreichenden Konsequenzen wird die Menschheit im Ungewissen gelassen. Das ist verantwortungslos.

Max Matt, Altstätten SG

Ulrich Schluer über die Neutralität in Krisenzeiten

Beachten Sie das folgende Interview mit Ulrich Schluer im «Schweizer Monat»:

<https://schweizermonat.ch/wer-jetzt-fuer-waffenlieferungen-ist-der-will-partei-ergreifen>

Die Stimme der Schweiz

Konsequent an der Neutralität der Schweiz festhaltend, müsste der Bundesrat, so er dazu den Mut aufbrächte, die derzeit im Uno-Sicherheitsrat unser Land vertretende Schweizer Botschafterin Pascale Baeriswyl verbindlich verpflichten, jedes ihrer dort zahllos abgegebenen Voten mit folgendem Bekenntnis zur Neutralität der Schweiz abzuschliessen:

«Im übrigen tritt die völkerrechtlich als immerwährend und bewaffnet neutral anerkannte Schweiz mit Wort und Tat nachdrücklich dafür ein, dass Konflikte zwischen Staaten ausschliesslich am Verhandlungstisch ausgetragen werden – ohne dass dafür Tausende in Tod und Verderben geschickt und Zehntausende um ihr Hab und Gut gebracht werden.»

Dieser Satz, Tag für Tag wiederholt, würde zweifellos auch in der Uno, auch bei den Mächtigen der Welt, zunehmend Eindruck und Wirkung entfalten.

FITNESS ISLAND

FEUER | WASSER | SALZ

Industriestrasse 25, 9552 Bronschhofen, www.fitness-island.ch

Onlineshop: www.4spa.ch



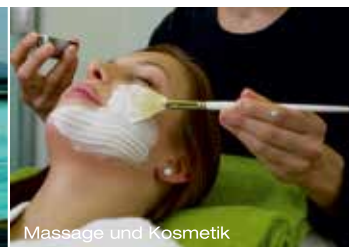
FI – wo Eidgenossen trainieren und sich erholen. Schweizerzeit – Wellnesszeit.



Sport- und Relaxbad



Floaten im Salzwasser



Massage und Kosmetik



Restaurant



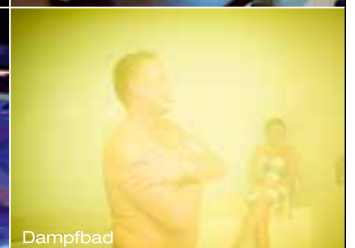
Restaurant Bad



Totes Meer Therme



Wasserkurse



Dampfbad



Biosauna



Feuersauna



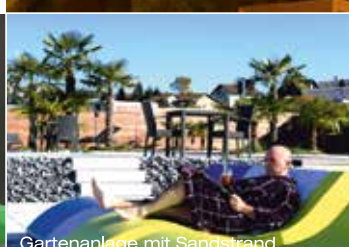
Dachterasse



Alphasphere



Fitness



Gartenanlage mit Sandstrand



Salzraum



Ruheraum

Nach Bern jetzt auch eine PUK für Zürich?



Am 26. Juni entscheidet der Zürcher Kantonsrat über die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK). Was ist vorgefallen? Mutmasslich zwischen 2000 und 2014 kam es in der Direktion der Justiz und des Innern zu Unregelmässigkeiten bei der Entsorgung von Computer-Hardware. Noch anlässlich der Kantonsratsitzung vom 19.12.2022 übergab ein Milieu-Wirt dem Kantonsrat weitere zwanzig Datenträger und Papierakten, welche einen ganzen Ziehkarren füllten.

In verschiedenen Kreisen wird kolportiert, es handle sich um hochsensible Daten, u.a. um Akten von Staats- und Oberstaatsanwaltschaft, (Personal-) Beurteilungen und Adressen von Staatsanwälten, Psychiatrie-Daten und Gutachten aus Straftakten sowie umfangreiche Telefonlisten von Richtern, Staatsanwälten und Polizeibeamten. Alles deutet auf ein Datenleck unglaublichen Umfangs hin, welches die Sicherheit des Kantons, falls diese Daten an Dritte gelangt sind oder gelangen würden, in ihren Grundfesten in Frage stellt.

Darum wird von der PUK schonungslose Aufklärung erwartet: Sind die Betroffenen gemäss Datenschutzgesetz informiert worden? Kann ausgeschlossen werden, dass auch Daten aus anderen Direktionen an Dritte gelangt sind, oder ist aufgrund des beschlagnahmten Materials davon auszugehen, dass dies geschehen ist? Um was für weitere Daten handelt es sich oder könnte es sich handeln? Warum hat die zuständige Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) den Gesamtregierungsrat scheinbar nicht umgehend und umfassend – insbesondere auch, was den Zeitraum des Datenlecks betrifft – nach Kenntnisnahme des gravierenden Vorfalles informiert? Warum hat der Regierungsrat nicht sofort einen ausserkantonalen

Sonderstaatsanwalt eingesetzt? Warum ist derzeit immer noch nur ein Mitglied der selbst betroffenen Zürcher Staatsanwaltschaft, welches gemäss öffentlich zugänglichen Quellen offenbar vor längerer Zeit wegen Kokainkonsums bestraft wurde, mit dem Fall betraut? Wieso wurde die Geschäftsprüfungskommission (GPK) lange Zeit durch die Justizdirektorin nicht über den Vorfall informiert?

Es muss viel Dreck am Stecken hängen, haben doch die Vertreter von SP, Grünen und Alternativer Liste (Kommunisten), welche normalerweise bei kleinsten Vermutungen auf Unregelmässigkeiten Zeter und Mordio schreien, zum Antrag der GPK auf Einsetzung einer PUK einen Minderheitsantrag auf Nicht-Eintreten gestellt. Hoch problematisch erscheint, warum die seit 2015 amtierende und direkt betroffene Justizdirektorin jegliche Verantwortung von sich weist. Art und Weise der Kommunikation mit der GPK zeugen einmal mehr vom mangelnden Problembewusstsein der Magistratin (und es zeigen sich Analogien zum Vorfall Pöschwies/Ausbruch eines Gefangenen mit Hilfe einer Wärterin) und wie sehr Frau Fehr den Vorfall unter dem Deckel halten wollte.

Eine durch ihre Direktion der Justiz und des Innern in Auftrag gegebene Administrativuntersuchung (Schlussbericht vom Dezember 2022) zeigt auf, dass es in dieser Direktion ernste strukturelle Probleme gibt. Die Untersuchung stellt fest, dass 2019 eine grosse Menge physische Akten gesetzeswidrig vernichtet wurde, weshalb ein Nachvollzug der oben beschriebenen Vorkommnisse faktisch nicht mehr möglich sei. Auch dieser Bericht wurde der GPK viel zu spät zur Kenntnis gebracht. Diese Aktenvernichtung muss auch durch die PUK untersucht werden, und die dafür verantwortliche Justizdirektorin hat dafür die politische Verantwortung zu übernehmen. Ihr Rücktritt ist überfällig. Das Vertrauen der Bevölkerung in Staat und Justiz ist massiv beschädigt.

Hans-Peter Amrein, alt Kantonsrat, Küssnacht ZH



genoss | kreation | baumerfladen.ch

Tel. 055 265 11 20
www.baumerfladen.ch
info@baumerfladen.ch

Der Baumerfladen schafft jeden Weg...

Unter baumerfladen.ch/shop können Sie einfach und unkompliziert einen der beliebten Baumerfladen bestellen. Profitieren Sie vom Postversand oder besuchen Sie uns in unseren Filialen. Wir freuen uns auf Ihren Mausklick...



Ihr Konditorei Voland Team



Bauma • Steg • Wald • Rüti • Bäretswil • Fehraltorf • Laupen • Kempthal • Gossau ZH



moser reisen

hermann

Unsere schönsten Reisen im Überblick

Veloreise Wachau - Melk (AT)

Sonntag, 10. bis Freitag, 15. September

im Doppelzimmer CHF 1'390.00

im Einzelzimmer CHF 1'575.00

Die Wachau ist ein Juwel und in der ganzen Welt bekannt als eine der schönsten Regionen Oesterreichs. Das UNESCO Weltkulturerbe Wachau liegt direkt zu Füssen der wunderschönen Stadt Melk. Hoch über der Stadt thront der weltberühmte Benediktinerstift!

Calella - Katalonien im Herbst (ES)

Samstag, 7. bis Samstag, 14. Oktober

im Doppelzimmer CHF 1'245.00

im Einzelzimmer CHF 1'455.00

Katalonien ist nicht nur Costa Brava es gibt hier viel mehr zum Entdecken. Diese Woche ist eine ideale Kombination aus Erholung, Spass, Wein und Gastronomie, Geschichte, Kultur Land und Leute. Unser einheimischer Reiseleiter freut sich sehr darauf, Ihnen dieses wunderschöne Land etwas näher zu bringen und Ihnen viele schöne Highlight während unserer Reise zu zeigen.

Reischach - goldene Herbsttage im Südtirol (IT)

Donnerstag, 12. bis Sonntag, 15. Oktober

im Doppelzimmer CHF 710.00

im Einzelzimmer CHF 805.00

Erlebnisreich – Charmant – Urchig – so präsentiert sich das Ferienparadies Südtirol seinen Gästen. Früher waren es hauptsächlich die Kurorte und das milde Klima, welches Gäste von weit her ins Südtirol lockte. Doch hat das Südtirol mit seiner wunderschönen Bergwelt und den prächtigen Naturlandschaften noch viel mehr zu bieten.

Adventskonzert Kastelruther Spatzen

Donnerstag, 7. bis Sonntag, 10. Dezember

im Doppelzimmer CHF 925.00

im Einzelzimmer CHF 1'075.00

Wer sich nach Weihnachtsstimmung wie im Bilderbuch sehnt, ist hier genau richtig. Umgeben von verschneiten Berggipfeln, beleuchteten Altstadtgässchen und idyllischen Bergseen laden die Weihnachtsmärkte im Südtirol zu einem unvergesslichen Besuch ein. Dieses Panorama und die Heimatverbundenheit der Südtiroler werden Sie beim Adventskonzert mit den Kastelruther Spatzen live erleben. Es ist alljährlich ein Höhepunkt für Freunde der Volksmusik.



Vorschau 2024

E-Bike Ferien in den Dolomiten (AT)

Alle weiteren Informationen zu den Fahrten & Tagesfahrten finden Sie auf unserer Homepage moser-reisen.ch



Botzen 11 | 8416 Flaach | Tel. 052 305 33 10 | info@moser-reisen.ch

Markus Rezzonico



feiert am 29. Juni 2023 einen runden Geburtstag

**Ein grosses Dankeschön für alles,
was Du immer für die SVP Kanton
Solothurn machst!**

Herzliche Gratulation und fürs neue Lebensjahr
nur das Beste wünschen Dir

Nationalrat Christian Imark und Carmen
Nationalrat Walter Wobmann und Susanne
Kantonsrätin Christine Rütli und Georg
Kantonsrat Rémy Wyssmann und Claudia



70 Jahre Markus Rezzonico, Hergiswil NW

Herzliche Gratulation



Markus Rezzonico hat sich vor noch nicht zehn Jahren anerbaten, für die Schweizerzeit Inserenten zu gewinnen – nicht zuletzt zur Verstärkung ihres finanziellen Fundaments.

Mit jedes Hindernis überwindendem Einsatz hat er im Rahmen dieser Bemühungen Resultate erzielt, die niemand überhaupt für möglich gehalten hat.

In diesen Tagen feiert Markus Rezzonico in der ihn auszeichnenden Frische seinen siebenzigsten Geburtstag. Die Schweizerzeit gratuliert ihm herzlich zu seinem Festtag – und verbindet mit der Gratulation ihren grossen Dank für den buchstäblich unermüdlichen Einsatz von Markus Rezzonico zum Gedeihen unserer Schweizerzeit.

Markus Rezzonico zeigt uns, unseren Leserinnen und Lesern und allen, die seinen beispiellosen Einsatz kennen und schätzen, was ein Eidgenosse im Jahr 2023 fertigbringt – für die Schweiz und für die Schweizerzeit.

Ad multos annos!

*Namens all Deiner Freunde bei der Schweizerzeit:
Ulrich Schlüer, Chefredaktor*

Diktat durch kleine Minderheiten?

Lassen wir uns nicht kirre machen

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Man wird derzeit den Verdacht nicht los, dass sich die links-grüne Politik, sekundiert von Gutmenschen und weiten Teilen der Mainstream-Medien, eine Art Wettbewerb liefert, wer die abstruseren Vorschläge zu liefern imstande ist.



Gerade im Zusammenhang mit der Energieversorgung äussern sich Leute, bei denen man sich fragt, ob diese während ihrer Schulzeit ausschliesslich an einem Fensterplatz gesessen haben. Es braucht wahrhaftig keinen Universitätsabschluss, um zu realisieren, dass diese Rechnung niemals aufgehen kann.

Wenn sämtliche Benzin- und Dieselfahrzeuge durch E-Mobilität und alle Öl- und Gasheizungen durch Wärmepumpen ersetzt werden, während man gleichzeitig die Atomkraftwerke herunterfährt, dann sind gerade in den Wintermonaten Energieengpässe unvermeidlich. Und wer das klar zum Ausdruck bringt, ist noch lange kein Nazi. Grundsätzlich sollte man sich von Links-grün nicht verunsichern lassen und zu seiner Meinung stehen. Wieso soll ein erwachsener Mann, eine erwachsene Frau, nicht zweifeln dürfen, wenn plötzlich eine Auswahl von 72 Geschlechtern zur Verfügung steht? Vielleicht hätten die deutschen Teilnehmer der jüngsten Ausgabe des European Song Contest lieber die Flagge der Bundesrepublik anstelle der Regenbogenfahne geschwungen und wären dann möglicherweise nicht abgeschmettert auf dem letzten Platz gelandet.

Absurditäten

Kürzlich tauchte in Wien ein Bart- und Penisträger in einer Frauensauna auf mit der Begründung, dass er sich als weiblich fühle. Da der Saunabetreiber diesen Typen nicht rausgeschmissen hat, darf er sich später auch nicht darüber beklagen, wenn die echte weibliche Kundschaft ausbleiben wird. Dies gehört in die gleiche Kategorie wie der bescheuerte Entscheid, auf Herrentoiletten Tamponspender zu installieren. Auch darf man es zu Recht daneben finden, wenn gewisse Kreise gendern, obwohl die weitaus grösste Mehrheit der Bevölkerung dies ablehnt und auch junge Menschen die Vorzüge des generischen Maskulinum schätzen.

Auch das Gender-Gestottere beim Staatssender SRG ist schwer zu ertragen und trägt nicht zur klaren Kommunikation bei. Schliesslich ist es völlig unverständlich, weshalb plötzlich niemand mehr einen Mohrenkopf oder ein Zigeunerschnitzel essen darf. Ebenso ist die moralische Bestimmung, dass ein Weisser keine Dreadlocks tragen dürfe und Senioren

bei einer Tanzaufführung keine Sombreros, nicht nachvollziehbar.

Nein zu ultimativen Forderungen

Über all dies könnte man ja herzlich lachen, wenn nicht eine kleine, militante Minderheit von der gesamten Bevölkerung ultimativ verlangen würde, dass sich alle an diese schwachköpfigen Regeln zu halten hätten. Wenn sich einige Kantischüler und Studis auf die Strasse kleben und die Klimaapokalypse prophezeien, dann ist dies für die Autofahrer sehr wohl ärgerlich, keinesfalls aber ein Anlass, sich durch strafrechtlich relevantes Verhalten erpressen zu lassen. Und wenn ein paar Klima-Senioren vor den Europäischen Gerichtshof ziehen, weil die Schweizer Politik zu wenig gegen die weltweite Erderwärmung unternehme, dann sollte man dies trotz Hype in den Medien als das sehen, was es ist – nämlich ein Grüppchen älterer Damen und Herren, denen ihr Rentnerleben zu langweilig ist.

Noch ein Wort zur Ernährung. In unserem Land leben ganze 0,6 Prozent der Bevölkerung vegan. Gerade in der Sommerzeit ist es nicht angebracht, sich von dieser Minderheit den Grillplausch vermiesen zu lassen. Und zu guter Letzt: Die Zuwanderungsfrage gehört schonungslos auf den Tisch und darf nicht negiert werden, nur weil dadurch gewisse Kreise in Schnappatmung verfallen. Selbstverständlich steht man mit seiner pointierten Meinung immer mal wieder im Regen und muss ein paar böse Kommentare über sich ergehen lassen. Aber was soll's. Entscheidend ist, dass man sich von ein paar selbsternannten Weltrettern und Moralaposteln nicht kirre machen lässt.

Markus Melzl

«Das aktuelle Zitat»

«Das Regime der Wokeness ist so totalitär wie jenes der Jakobiner oder der Bolschewiki. Die Linken sparen die Milliardär-Sozialisten bei ihrer permanenten Systemkritik einfach aus. Sie wollen ohnehin den Kapitalismus nicht mehr stürzen, sondern ihn bewirtschaften. Die Linke ist nicht mehr die Widersacherin des Kapitalismus, sondern sein Parasit. Es gibt immer weniger Markt, immer mehr staatliche Eingriffe in den Markt, eine immer grössere Konzentration von Kapital in immer weniger Händen, eine immer engere Verbindung der politischen Eliten mit den Unternehmen und der Unternehmen mit der sogenannten Zivilgesellschaft.»

Michael Klonovsky, Essayist, auf seinen Blog
«acta diurna» am 3. Juni 2023

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Freie Wahl

In Deutschland darf man sein Geschlecht jederzeit selber bestimmen, aber nicht, womit man seine Wohnung oder das Haus heizt. Es klingt wie ein Kalauer. Aber befinden wir uns nicht längst im Zustand einer Politik, die auf Logik keinen Wert mehr legt und selbst kalauert?

(Roland Tichy, Tichys Einlick 07/2023)

Europa

Nur vordergründig beruht die Geschlossenheit des Westens darauf, die Ukraine im Kampf um ihre Sicherheit, Unabhängigkeit und territoriale Integrität zu unterstützen. Auch wenn die Europäer selbst noch keine Vorstellung davon entwickelt haben, muss am Ende des Krieges eine europäische Sicherheits- und Friedensordnung entstehen, in der alle Staaten des europäischen Kontinents einschliesslich der Ukraine und Russlands ihren Platz haben. Dagegen verfolgen die Vereinigten Staaten das Ziel, Russland politisch, wirtschaftlich und militärisch so weit zu schwächen, dass sie sich dem geopolitischen Rivalen zuwenden können, der als einziger ihre Vormachtstellung als Weltmacht gefährden könnte, nämlich China.

(General a.D. Harald Kujat, Overton Magazin, 27.04.2023)

USA

Die USA beherrschen Europa aussen- und sicherheitspolitisch, und auf dieser Grundlage ziehen sie uns in ihre Konflikte mit anderen Weltmächten hinein. So verstehen die USA heute ihre Interessen: Es sollen nach ihrem Willen heute nicht die EU oder Deutschland sein, die ihre Beziehung zu China oder Russland nach ihren eigenen Interessen prägen, sondern es sollen die USA sein, die die weichenstellenden Entscheidungen treffen.

(Klaus von Dohnanyi in «Nationale Interessen», Siedler-Verlag)

Generation Heute

Im Arbeitsleben gestartet, kamen wir auf die Welt: Arbeiten? Wir? Ist das wirklich das, wofür wir an unseren «Elitegymis» waren, wie es uns immer eingetrichtert wurde? Bis zum Master Unternehmensführung studiert und dann «nur» 6000 Franken verdienen? «C'mon!», würden wir da sagen. Sich hinsetzen, arbeiten, Autorität akzeptieren: Das fällt meiner Generation schwer. Ich habe schon mit sehr vielen «Studierten» zusammengearbeitet, die ich niemals anstellen würde. Studieren, um studiert zu haben: Das ist der Weg, den viele in meiner Altersklasse eingeschlagen haben.

(Gloria Porlezza in «Schweizer Monat», Juni 2023)

Panzer

Eine weitere Blamage in der Panzergeschichte. Es debattieren im Parlament völlig «kenntnisfrei» ins Amt geblasene Politiker (angebliche «Volksvertreter») über Kampfpanzer. Haben aber keine Ahnung von der Materie. Nebenbei: Die zur Diskussion stehenden Leo 2 Panzer sind hier in Lizenz gebaut worden. Es kann also nie und nimmer von einem «Rückkauf» die Rede sein. Und da vor den Wahlen stehend, machen allerlei «Experten auf nett».

Sogar der Präsident der SOG (Schweiz. Offiziersgesellschaft) ist beim Gesangschörli dabei. Aber keinem der Mikrofon- und Kamerasüchtigen käme es auch nur in Ansätzen in den Sinn, Fachleute in dieser Frage zu konsultieren. Zum Beispiel «ex-Panzer-Generäle» oder die europaweit bekannten Panzer-Koryphäen in der «Fach OG Panzer». Nein, uneinsichtig, arrogant, beratungsresistent und ahnungslos wandeln die Ausverkäufer ihres Weges. Der Unterdurchschnitt hat die Chefetage längstens erreicht. Bei der Führung nicht überraschend...

(Tis Hagmann, Wochenbericht 15/23, 27.04.2023)

**Wertebewusst
Ja zur Schweiz**

politagentur.ch
Strategie · Werbung · Umsetzung

**NICHT NUR BERATER,
SONDERN UMSETZER**

Politagentur.ch GmbH

Werbefachmänner für bürgerliche Projekte, Wahl- und Abstimmungskämpfe, Parteien, Organisationen, Vereine und KMUs. Unkompliziert, fair und auf Augenhöhe.

Unsere Dienstleistungen, immer zu bezahlbaren Preisen:

- ✓ Werbekampagnen von A bis Z
- ✓ Werbeplanung / Marketing-Mix
- ✓ Sammeln von Unterschriften
- ✓ Online-Kommunikation
- ✓ Social Media-Kampagnen
- ✓ Geschäftsführung
- ✓ Medienkompetenz
- ✓ Texten / Ghostwriting
- ✓ Layout / Grafik
- ✓ Webdesign

Anian Liebrand
Inhaber und Geschäftsführer
Tel. 079 810 11 91
info@politagentur.ch

David Trchsel
Projektleiter
Tel. 076 567 00 36
trchsel@politagentur.ch

www.politagentur.ch | www.polit-plattform.ch

Für KMU, die GROSS auffallen wollen:

Jetzt noch günstiger
mit unserem
SOMMERRABATT!

Hier könnte
Ihre Werbung stehen,
oder an mehr als
100 anderen Standorten

Blickfänger.ch

Werbefläche buchen:

info@blickfänger.ch | blickfänger.ch | 043 499 24 19



blickfänger.ch

Auffallend mobil. Auffallend günstig.

Volks-Umerziehung: Dieser Aufgabe hat sich Radio SRF verschrieben – offenbar mit Haut und Haar. Kürzlich, am Samstag vormittag des 17. Juni wurde dies wieder einmal so richtig hörbar. Ins Visier geriet dem Radio die Ausflugs-Schiffahrt auf Schweizer Seen. Sie beeinträchtigt das Klima. Denn – so erfuhr man als Hörer – nur alle zehn Jahre würden die Ausflugsschiffe gründlich überholt. Deshalb könnten sich Müschelchen und Muscheln unbenutzt und allzu lange ungestört an den Unterseiten der Schiffe festkleben. Dieses Ärgernis könne ein Schiff bremsen. Damit es trotzdem seinen Fahrplan einhalten kann, müsse es mit höherem Energie-Einsatz seine Geschwindigkeit halten. Und das beeinträchtigt das Klima...

Ob das Klima profitieren würde, wenn die Müschelchen-Säuberung alle fünf statt alle zehn Jahre erfolgen würde? Dazu wollte sich – weil auch solche Reinigung Energie benötigen würde – niemand äussern. Aber die Sorge ums Klima, das wurde dem Hörer klar, trieb den zur geschwindigkeitshemmenden Müschelchen-Problematik zugezogenen Experten offensichtlich um: Weniger Müschelchen an Schiffsunterseiten würden das Klima begünstigen – oder gar retten?

Rührend, wie uns Radio SRF seine Sorge – mitsamt Abhilfemassnahmen – zugunsten des Klimas vorlebt. Oder geht es eher darum, uns Schifffahrts-Geniessern die Lust auf attraktive Seerundfahrten an schönen Sommertagen ein für allemal auszutreiben? Weil, wer sich solchem Genuss verschreibt, ein verantwortungsloser Klimaschädling ist?

*

Vor lauter plakativer Sorge um die das Klima bedrohenden Müschelchen an Schiffsunterseiten scheint dem Schweizer Radio indessen mit der Zeit der Blick auf tatsächlich massiv ins Gewicht fallende Energieübernutzung getrübt zu werden. Oder wird die unser Schicksal entscheidende Müschelchen-Geschichte aufgetischt, damit niemandem auffällt, dass andere, den Energiehaushalt tatsächlich massivst beeinflussende Vorgänge vom Radio bewusst links liegen gelassen, kurzerhand übergegangen werden?

Eine Massnahme, die zweifellos hunderttausendmal höhere Wirkung erzeugen würde als Müschelchen-Entfernung an Schiffsunterseiten, hängt zusammen mit der

Tatsache, dass Bundesbern allein im Jahr 2022 sage und schreibe hundertachtzigtausend Personen zusätzlich in die Schweiz einströmen liess. All die Neu-Einwohner wohnen jetzt hier. Sie benützen – nicht selten gratis – unsere öffentlichen Verkehrsmittel. Sie sind hier, weil es der Bundeshaus-Funktionärsbürokratie gefällt, den Bürgerinnen und Bürgern der Schweiz täglich vorzuführen, wie völlig gleichgültig ihnen Volksentscheide geworden sind.

*

Ein Beispiel gefällig? Eigentlich unterstehen Bundesrat und Bundesverwaltung der verbindlichen Verpflichtung, zu Anträgen an Parlament und Souverän immer auch die sorgfältig zu berechnenden Kostenfolgen vorzulegen. Unterbleibt dies, müsste man von der Vierten Gewalt, also von den Medien, geharnischte Kritik erwarten. Aber seit sich Doris Leuthard mit den angeblichen Kosten für die Energiewende (nach ihrer Behauptung nur gerade vierzig Franken pro Haushalt) so jämmerlich verhalten hat, zieht Bundesbern das Schweigen zu den Kostenfolgen beantragter Energiemassnahmen gesetzwidrig vor. Die Medien bleiben dazu stumm.

Aber Private, vielleicht gar ein ETH-Institut kann dieses Schweigen veranlassen, zu den Kosten solcher Projekte eigene Berechnungen anzustellen. Werden diese durchaus seriösen Berechnungen danach von der SVP verwendet: Dann allerdings erwachen Radio, Fernsehen und Eintopf-Medien. Keine Anschwärzung ist ihnen scharf genug, auf die SVP-Zahlen einzuhacken, sie als Fake-News zu diffamieren – selbst wenn sie von der ETH erarbeitet worden sind. Sie wollen mit ihrer Schelte die SVP an den Schandpfehl stellen. In Wahrheit liefern sie allerdings vor allem eine Charakterisierung ihrer selbst: Inland- und Bundeshaus-Journalisten kennen heute nicht einmal mehr die elementarsten Voraussetzungen für die Präsentation bundesrätlicher Anträge. Das SVP-Bashing prallt ab. Die Öffentlichkeit aber nimmt wahr, dass bei allzu vielen professionellen SVP-Schmähern unter der Schädeldecke – schlicht nichts mehr vorhanden zu sein scheint.

Den so Entlarvten mag es ein Trost sein: Als Berichterstat-ter aus dem Bundeshaus für Monopol- und Mainstream-Medien kommen sie trotzdem zum Zug.

us

Müschelchen





ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Zum Wahlauftritt

Jetzt die Hit-CD mit dem Erich Hess-Marsch
«ÜSI SCHWIZ – MINI HEIMAT»

kostenlos bestellen unter 079 302 10 09
 oder per Mail hesserich@gmx.ch oder
 anhören auf www.erichhess.ch

Wir wünschen viel Spass
 und gute Stimmung!

Erich Hess wieder in den Nationalrat
Wählbar im ganzen Kanton Bern – 2x auf Ihre Liste!



Bund der Steuerzahler
www.bds-schweiz.ch

Einladung
 zur Generalversammlung
 und zum öffentlichen Referat

Der Bund der Steuerzahler (BDS) lädt seine Mitglieder, sowie Sympathisanten und Interessierte herzlich zur diesjährigen Generalversammlung ein. Im Anschluss an die Versammlung offeriert der BDS allen Teilnehmern ein Apéro.

Mittwoch, 5. Juli 2023, 19.00 Uhr, MZH Stiftung zum Glockenhaus
 (gleich neben dem Hotel Glockenhof), Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

Um **20.15 Uhr** referiert Nationalrat Alfred Heer, Präsident BDS, zum Thema:

«Ist der Finanzplatz Schweiz am Ende?»



Der Bund der Steuerzahler – im Einsatz für Sie!

Wir sind die unabhängige, gemeinnützige und parteipolitisch neutrale Schutzvereinigung aller Steuerzahler in der Schweiz. Unsere Mitglieder kommen aus allen Kreisen der Bevölkerung. Der BDS ist politisch aktiv und ergreift Initiativen und Referenden zu Ihren Gunsten und setzt sich für eine tiefere Steuer- und Staatsquote ein. Mit Ihrem Engagement als Mitglied des BDS wird haushälterischer mit Steuergeldern umgegangen und die Ausgaben besser kontrolliert.



Werden Sie Mitglied:
www.bds-schweiz.ch



Der BDS interessiert mich. Bitte senden Sie mir weitere Informationen zu!

Vorname, Name

Adresse

PLZ, Ort

Telefon

Datum, Unterschrift

Talon senden an: **BDS Schweiz, General-Wille-Str. 12, 8002 Zürich**

Es droht das Ende der nationalen Selbstbestimmung

Die gefährlichen Wege der WHO

von Marco Caimi, Dr. med., Psychologe, Kabarettist und Publizist, Basel/Engelberg

Wohin führen die zukünftigen Wege der grössten Gesundheitsorganisation, die nur von und durch sich selbst kontrolliert wird?



Die Weltgesundheitsorganisation WHO, gegründet 1948, hat 194 Mitgliedstaaten. Sie verfügt über zwei Hauptorgane, die Weltgesundheitsversammlung und den Exekutivrat mit 34 sogenannten Gesundheitsexperten. Generaldirektor ist aktuell Tedros Adhanom Ghebreyesus. Die WHO wird aus zwei Quellen finanziert – durch die Beiträge von Mitgliedstaaten (16%) und freiwillige Beiträge (84%; 2022) insbesondere von Stiftungen. Die WHO genießt Immunitäten gemäss einer Vereinbarung mit der Gastgeberregierung des Landes, in der ihr Hauptsitz (Schweiz/Genf) ansässig ist, um ihre Wirksamkeit bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu gewährleisten. Sie genießt Steuerfreiheit, sie kann eigene Regelungen und Gesetze erlassen, und es können gegen sie keine Gerichtsurteile vollstreckt werden. Es geht also um die Immunität von Menschen, die von keinem Schweizer Steuerzahler respektive Stimmbürger je gewählt wurden.

Aktuelle Entwicklungen

Alle WHO-Mitglieder trafen sich vom 21.–30. Mai 2023 wie jedes Jahr in Genf zur Weltgesundheitsversammlung. Dabei gab es zwei wesentliche Traktanden:

1. Internationale Gesundheitsvorschriften (IGV)

Es lohnt sich, einige wenige Artikel zur Kenntnis nehmen. Beispielsweise Artikel 1: Bei den Empfehlungen wird in der neuen Fassung «non-binding» (nicht verpflichtend) weggelassen, sie sind demzufolge verpflichtend. Oder Artikel 13a: Die Staaten übernehmen die Verpflichtung, den Weisungen der WHO zu folgen. Gemäss der Wiener Vertragsrechtskonvention vom 23. Mai 1969 sind die Staaten bei solchen supranationalen Vertragswerken souverän; aber wenn das Einführungsdatum (Mai 2025) schon fest steht: Wie frei sind sie dann wirklich? Sie wollen es gar nicht sein, denn die Kommunikation der meisten Staaten geht eindeutig in die Richtung, die WHO in ihrem Absolutismus zu stärken. Der Deutsche Bundestag hat sich am Freitag, 12. Mai 2023, für eine Reform der WHO ausgesprochen. Ein entsprechender Antrag der Ampelkoalition wurde am selben Tag mit 497 Stimmen angenommen!

Werfen wir noch einen Abschnitt auf Anhang (Anex) 2, basierend auf Artikel 12: Die Sachverhalte für die Ausrufung eines internationalen Gesundheitsnotstandes werden erweitert und zwar unter dem magischen Schirm des Konzeptes «ONE HEALTH», das nicht nur den Menschen,

sondern auch Tiere, Pflanzen und Landwirtschaft mit einbezieht. Unter dem Konzept ONE HEALTH können klimatische herbeigezauberte Konstrukte irgendwelche Gesundheitsnotstände durch die von niemandem kontrollierte WHO proklamiert werden. Sobald ein Gesundheitsnotstand ausgerufen ist, können die Staaten ihre Arzneimittelgesetze aussetzen – so geschehen ab 2020. Cui bono?

Schweizer Juristen und das Parlament haben die Gerichte aufgefordert, die Voraussetzungen für das Ausrufen einer Pandemie zu überprüfen. Beidseitig ist nichts geschehen mit dem Argument: «Wir sind ja noch in der Pandemie, da können wir doch nichts überprüfen.» Der kritische Bürger dreht sich dadurch im Kreis, bis er resigniert.

2. Der neue Pandemievertrag (Pandemic Treaty)

Hier gibt es zwei wichtige Punkte: Menschenrechte werden massiv zurückgestuft und sogar rausgestrichen und durch das Konzept Gleichheit ersetzt, was bedeutet: Alle Staaten, sofern es dann noch welche gibt, sollen die gleiche Impfquote haben.

Bedrohlich wirkt auch Artikel 17: Die WHO darf sich in soziale Medien einschalten zur Bekämpfung von Desinformation. Die WHO baut dadurch eine gewaltige Drohkulisse in Zusammenarbeit mit Big Pharma und Big Tech auf (Stichwort Infodemic), was Verbreitung von Fehlinformationen und «Verschwörungstheorien» bedeutet. Die WHO sehen dabei nicht von ihnen verbreitete Informationen wie ein Virus an, dass es unerbittlich zu bekämpfen gilt. Die WHO hat dafür mit vierzig Tech-Firmen Verträge geschaffen. Der Feind wird stets mithören, social listening genannt. Freiheit kippt in Unfreiheit.

Konklusion

Das pandemische Zeitalter hat ein neues Paradigma geschaffen: Ab Eintritt der IGV und des Pandemievertrages ist der direkte Zugriff von internationalen Organisationen auf den Menschen möglich. Bisher stand der Staat noch als Schutzschild für seine Bürger dazwischen, zumindest bis 2020. Ab 2025 ist der Bürger schutzlos internationalen Organisationen mit Partikularinteressen ausgeliefert, die wegen ihrer Immunität nicht juristisch belangt werden können. Das ist nicht nur das Ende der nationalen Selbstbestimmung, sondern der Totalausverkauf der Demokratie und damit unserer Verfassung.

Nutzen wir die inter pandemische Phase, um eine Restfreiheit und damit das Leben zu geniessen, aber auch, um die Schweiz nicht nur aus der WHO zu entfernen, sondern ebenso die WHO aus der Schweiz!

Marco Caimi

Keine Verwässerung des Volkswillens: Verhüllungsverbot umsetzen!

Am 7. März 2021 wurde die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» von Volk und Ständen angenommen. Einige Ständeräte wollen die **Umsetzung des Volkswillens hintertreiben** und noch weiter hinauszögern. Statt eines griffigen Gesetzes, welches das Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum landesweit einheitlich durchsetzt, wollten sie Tür und Tor öffnen für 26 verschiedene Kantonslösungen.

Dieses Manöver ist Gott sei Dank in der Frühlingsession des Parlaments gescheitert. Nun liegt der Ball erneut beim Ständerat. Wir vom Egerkinger Komitee kämpfen mit Nachdruck dafür, dass der Volksscheid konsequent umgesetzt wird. Wir werden **nicht akzeptieren**, dass es an **Demos Ausnahmen für Vermummte** geben soll. Das Volk hatte sich klar und deutlich ausgedrückt: Schluss mit Burka und Niqab und Schluss mit vermummten Chaoten!



Walter Wobmann
Nationalrat, Präsident
Egerkinger Komitee

Vorstandsmitglieder des Egerkinger Komitees:

NR **Walter Wobmann**, Gretzenbach SO
NR **Therese Schläpfer**, Hagenbuch ZH
Anian Liebrand, Geschäftsführer, Ruswil LU
Grossrat Dr. **Patrick Freudiger**, Langenthal
Nils Fiechter, Oberwil i.S. BE
Roland Haldimann, Oberentfelden AG

Egerkinger
 **Komitee**

**Für den Erhalt der freiheitlich-demokratischen Ordnung
und des christlichen Abendlands**

Werden Sie Unterstützer des Egerkinger Komitees!

www.egerkingerkomitee.ch - Mitglied werden

- Ich möchte Unterstützer des Egerkinger Komitees werden (mind. Fr. 20.- pro Jahr).
 Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein zu.

Vorname Name

Strasse PLZ / Ort

E-Mail Telefon

Geburtsdatum Unterschrift

Ausschneiden und senden an: Egerkinger Komitee, 6000 Luzern oder per E-Mail: info@egerkingerkomitee.ch
Spenden auf PC-Konto 89-105410-9 | IBAN CH09 0900 0000 8910 5410 9





Das Büro Ha deckt auf!

Stelleninserate. Aus einem Stelleninserat im Gebiet AG/LU. Gesucht wird ein Sanitärinstallateur für eine Haustechnik-Unternehmung. Die Anforderungen: Wenn du einen Heizkessel von einem Wasserhahn unterscheiden kannst/in der Lage bist, dich selbständig im Supermarkt mit Grundnahrungsmitteln zu versorgen/die Grundrechenarten beherrschest und dich in Deutsch verständigen kannst/nach den ersten körperlichen Arbeiten nicht das Sofa für sechs Wochen mit Rückenschmerzen belegst/nicht alle drei Minuten Whats App, Facebook, Insta, Tiktok und dergleichen checken musst/die Uhr lesen kannst und freundlich «guten Tag» und «auf Wiedersehen» sagen kannst/am EC-Terminal bei Coop und Migros nicht scheiterst/nach den ersten fünf Wochen Arbeit kein Urlaubssemester brauchst, um zu dir zu finden/den Gebrauch eines Deos und einer Waschmaschine kennst – wenn du also nicht komplett verpeilt bist, dann sende deine Unterlagen an ...

Lehrlingssuche, Beispiel 2. Auf ein Inserat haben sich zehn interessierte mögliche Lehrlinge (korrekt: Lernende!) beworben. Zwei sind sofort ausgeschieden, weil die Unterlagen nicht lesbar waren bzw. der «Begleitbrief» auf einem Bierdeckel verfasst war. Waisch, kai papir. Der Aufforderung zur Angabe der Daten für eine «Schnupperwoche» haben fünf befolgt. Von den andern

hörte der Lehrmeister nichts mehr. Die Aufforderung, den Einsatzplan zu studieren und zu bestätigen, haben vier befolgt. Von diesen vier (hoffnungsvollen) Zukunftsträgern für die Erfolgsnation Schweiz hat sich einer geweigert, die «Berufskluft» zu tragen. Und einer hat um 10 Uhr per Telefon mitgeteilt, dass er «etwas Verspätung» habe; Arbeitsbeginn war 0700 Uhr. Da waren es noch zwei. Es waren zwei Girls – beide wurden angestellt. Noch Fragen?

*

Vom Chaos zu noch mehr Chaos. Viele Parlamentarier waren «happy», als im Dezember «Madame Jura» (ex-Kommunistin) in den Bundesrat gewählt wurde. Seit sechs Monaten ist sie nun im Amt, und schon herrscht das nackte Chaos; das gab es allerdings schon bei «Miss Ostschweiz», die ausser tadellosem Makeup und ebensolcher Frisur nichts getan hat, um die Asylantenflut zu bremsen. Jetzt ist die Asylopolitik vollends gescheitert. 2022 gingen gut 64 Prozent mehr Asylgesuche als 2021 ein. Jeden Tag kommen etwa siebzig Asylanten unbenutzt über die Grenze. Wo ist die Grenzkontrolle? Welche Anweisungen hat das Grenzwachtkorps? Im Jahre 2023 ist mit einer Verdoppelung der Illegalen zu rechnen. Das ergibt dann bis Ende Jahr rund 45'000 Asylanten, welche direkt in die Sozialhilfe marschieren. Dazu kommen geschätzte 150'000 «Sanspapier», die trotzdem mit allem versorgt werden. Und «Madame Jura» macht nichts!

Tis Hagmann

**PORSCHE & MERCEDES
OLDTIMER SPEZIALIST IM RAUM ZÜRICH**

**VERKAUF | SCHÄTZUNGEN
REPARATUR | SERVICE | RESTAURATION**



SWISS-CLASSIC-CAR.CH
Industriestrasse 10 | 8117 Fällanden | 044 701 22 44



Die Volksschule als linker Kampfplatz



Die Linken missbrauchen die Volksschule für ihre Propaganda. Sie zielen bewusst auf leicht beeinflussbare Kinder. Die Rechtsordnungen vieler Kantone sehen aber vor, dass die öffentliche Schulen politisch neutral sein müssen. Zum Beispiel steht in der Zürcher Kantonsverfassung: «Kanton und Gemeinden führen qualitativ hochstehende öffentliche Schulen. Sie sind konfessionell und politisch neutral.» Politische Propaganda ist verboten.

Das interessiert radikale Strömungen aus der linken Ecke aber nicht. Der Autor war am 14. Juni 2023 vor Ort, als Lehrerinnen zu Beginn der 10 Uhr-Pause auf dem Schulgelände mehrere Werbebanner für den sogenannten «Feministischen Streik» aufhängten. Warum werden Schulkinder mit radikal-feministischer Propaganda belästigt?

Der Autor gab sich als Gemeinderat aus, der diese Aktion in die Öffentlichkeit tragen werde. Die anwesenden Angestellten der Schule erlaubten ausdrücklich, Bilder von der Aktion zu machen. Die Schulleitung sei über das Aufhängen der Werbebanner nicht informiert, was aber nicht

Hinter feindlichen Linien

heisse, dass sie gegen die Aktion sei. Dass die Aktion gegen den Artikel 116 der Kantonsverfassung verstösst, sei egal. Unter den Lehrerinnen seien die Werbebanner verteilt worden. Ob die politischen Werbebanner auch im Schulhaus hängen, konnte der Autor nicht kontrollieren – es ist jedoch zu befürchten.

Aufgrund dieses Vorfalles hat die SVP im Gemeinderat verschiedene Fragen an den Zürcher Stadtrat eingereicht. Zum Beispiel: Welche Konsequenzen werden das Aufhängen der politischen Werbebanner auf dem Schulgelände nach sich ziehen? Inwiefern betrifft diese politische Aktion auch das Personalrecht? Wie will der Stadtrat sicherstellen, dass die Kantonsverfassung endlich auch in allen Schulhäusern der Stadt Zürich umgesetzt wird?

Man stelle sich vor, welches Mediengeschrei losginge, wenn Lehrer während des Schulbetriebes vor den Kindern politische Werbung der SVP aufhängen würden. Aber Linke und radikale Feministinnen können sich scheinbar alles erlauben.

Samuel Balsiger

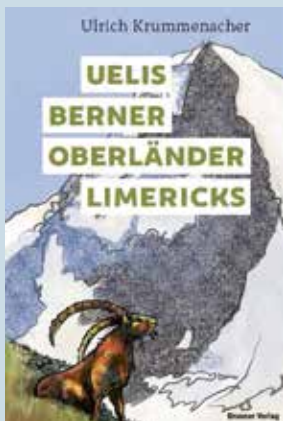
Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.

Ein Steinbock aus dem Oberland beguckte sich die Eigerwand.

«Diese wär bei schönen Wettern etwas für mich zum Klettern.»

Zuletzt er sie aber doch zu steil fand.

Der Autor **Ulrich Krummenacher** hat für jede Gemeinde im Berner Oberland einen humorvollen Limerick entworfen. Der Limerick ist eine besondere Gedichtform, deren Alter und Herkunft nicht klar ist. Möglicherweise steht er im Zusammenhang mit der irischen Stadt Limerick. Der Limerick besteht aus fünf Zeilen, wobei die ersten zwei mit der letzten und die zwei mittleren unter sich reimen.



Limericks waren zuerst nur in Englisch bekannt. Die Gedichte haben weder einen realen Zusammenhang mit den Personen noch den Ortsnamen und bestehen meist aus völligem Unsinn. Genau deswegen machen sie Spass beim Lesen.

Uelis Berner Oberländer Limericks
Broschur, 120 x 180 mm, 114 Seiten
Rex Verlag Luzern
ISBN 978-3-03727-092-9

Die meisten Menschen unterschätzen die Folgen der niedrigen Geburtenrate. Sie ist die Ursache dafür, dass die Schweizer bald eine Minderheit im eigenen Land sein werden.

Schweiz - Geburtenrate

1950: 2,40 Kinder pro Frau
1957: 2,41 Kinder pro Frau
1964: 2,65 Kinder pro Frau
1970: 2,10 Kinder pro Frau
1976: 1,55 Kinder pro Frau
1985: 1,52 Kinder pro Frau
1997: 1,48 Kinder pro Frau
2003: 1,38 Kinder pro Frau
2010: 1,52 Kinder pro Frau
2015: 1,54 Kinder pro Frau
2023: 1,50 Kinder pro Frau

Quelle: UNO

**Liebe National- und Ständeräte:
Wählen Sie Dudo Erny zum Bundesrat, damit sich wenigstens einer im Bundeshaus um die Demografieprobleme der Schweiz kümmert.**

Gesinnungsterror einer Minderheit



Im Zusammenhang mit dem nach Protesten abgesagten Gender-Tag in Stäfa haben sich LGBTIQ-Aktivist*innen, unterstützt von Linken, Grünen und naiven Bürgerlichen, als Opfer «faschistoider Hetze» inszeniert. Der Sünder war schnell ausgemacht: Nationalrat Glarner. Er hat ein Einladungsschreiben mit Gendersternenchen zum obligatorischen Gendertag verbreitet mit der Telefonnummer der Schulsozialarbeiterin. Diese und andere seien darauf beschimpft und mit Morddrohungen eingedeckt worden.

Entlarvend war der «Club» vom 30. Mai. Prominent war die Woke-Seite vertreten: Ein LGBTIQ-Aktivist, eine Freizeit-Drag Queen – im Brotberuf Mathematiklehrer – und eine Professorin für Gender-Studies, welche die Meinung vertrat, Diversität und Nichtdiskriminierung müssten sich auch in der Sprache abbilden, was Susanne Brunner, Kantonsrätin SVP, als Sprachverschandelung ablehnt.

Eine interessante Spaltung ergab sich im linken Lager: Alt Nationalrätin Margrith von Felten, SP, wies als Feministin der ersten Stunde darauf hin, dass der Genderismus feministische Errungenschaften unterlaufe, indem er nur

noch das soziale Geschlecht gelten lasse: «Wenn eine(r) am Montag hetero, am Dienstag schwul, am Mittwoch bisexuell und am Donnerstag non binär sein kann, werden Toiletten, Umkleidekabinen, Duschräume und Saunazeitfenster exklusiv für biologische Frauen obsolet. Dann reichen Einheitstoiletten mit einem Pissoir für biologische Männer und Stehpinklerinnen, die sich für Männer halten.»

Wer wird hier eigentlich diskriminiert? Versuchen wir's mit Statistik: Laut dem Aktivist*innen gibt es 40'000 LGBTIQ-Betroffene in der Schweiz. Das sind 0,44% der Bevölkerung. Gemäss Gender-Lobby sollen sich also über 99,5% der Schweizer Bevölkerung umerziehen lassen. Sie sollen die von den Woken aufgestellten Denk- und Sprechverbote befolgen und nur noch New Speak reden und schreiben.

Pubertierende Jugendliche während der altersüblichen Verwirrung der Gefühle aktiv mit einer Hinterfragung ihrer Geschlechteridentität zu konfrontieren, worauf diese möglicherweise auf die Idee kommen, mit Hormonkuren oder chirurgischen Eingriffen ihr biologisches Geschlecht zu wechseln, ist verantwortungsloser Unfug. Oder geht es vielleicht um eine dekonstruktivistische Agenda der Kulturmarxisten zur Spaltung der Gesellschaft, um sie leichter beherrschen zu können?

Markus Eckstein, Goldach SG



PAMAG
Metallbau

- Geländer
- Konsolen
- Pergolen
- Treppen
- Türen
- Vordächer
- Verglasungen

PAMAG Metallbau AG • Fohlochstrasse 7b • 8460 Marthalen
Tel. 052 305 43 30 • info@pamag-metallbau.ch • www.pamag-metallbau.ch

Wir bauen für Ihre Sicherheit!



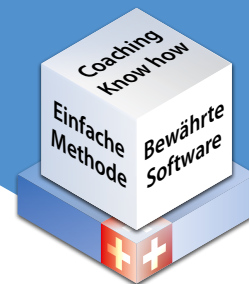
In Marthalen realisieren wir schnell und kompetent alles rund ums Haus wie Geländer, Fluchttreppen, Türen- und Fensterelemente, Pergolen, Rankengerüste, Vordächer, Balkonverglasungen und andere Metallbauarbeiten. Unsere Produkte sind unterhaltsarm und zeichnen sich durch ihre lange Lebensdauer aus.

Unsere qualifizierten Mitarbeiter beraten Sie gerne ausführlich in unserem Betrieb oder auf Wunsch auch vor Ort. In unseren technischen Zeichnungsbüros planen wir für Sie Ihr Bauvorhaben. Hierfür verwenden wir moderne 3D-CAD-Anlagen.

Für eine massgeschneiderte und fachgerechte Konstruktion, Fertigung und Montage sorgen unsere spezialisierten Mitarbeiter.

Paul Mayer
PAMAG Metallbau AG

Werden Sie Unternehmer in unserem Netzwerk!



Wir suchen Persönlichkeiten, die sich eine eigene Existenz aufbauen wollen und ihre verkäuferischen und beratenden Fähigkeiten als selbständiger **Managementberater** einsetzen möchten.

Spielen Sie mit in unserer Erfolgsgeschichte! Detaillierte Informationen finden Sie unter www.fee-consult.ch.



FEE-Consult AG
Paul N. Burch
Trottenackerstrasse 4
8102 Oberengstringen
Tel. +41 44 751 80 20
info@fee-consult.ch



Leoparden-Handel mit Deutschland?

Wir haben selbst zu wenig Panzer

von Ernst Lampert, Major und Inspektor der Militärmusik aD, Lachen SZ



Kürzlich hat der Nationalrat dem bundesrätlichen Antrag zugestimmt, dass 25 stillgelegte Kampfpanzer Leopard 2 ausser Dienst gestellt werden sollen. Damit wäre der Weg frei für den Verkauf der Kampfpanzer an Deutschland. Dieses will so die Lücken in der Bundeswehr schliessen, welche durch die Lieferung von deutschen Leoparden an

die Ukraine entstanden sind. Bei aller Sympathie für die Ukraine: Abgesehen von diesem neutralitätspolitisch bedenklichen Fall stellt sich die Frage, ob die Schweiz tatsächlich auf diese Kampfpanzer verzichten könnte. Die Antwort ist ein klares Nein. Divisionär aD Fred Heer, ein Panzer-«General» erster Güte, hat dies in verschiedenen Medienberichten überzeugend dargelegt.

Panzerverkauf nicht verantwortbar

Die heutige «weiterentwickelte» Schweizer Armee verfügt nur noch über die drei Panzerbrigaden (Pz Br) bzw. Mechanisierten Brigaden (Mech Br) 1, 4 und 11. Davon sind aber nur zwei Brigaden – die Brigaden 1 und 11 – einigermaßen mit genügend Kampfpanzern ausgerüstet. Sie verfügen über je 67, insgesamt also über 134 Kampfpanzer Leopard 2. Die Mech Br 4 hingegen ist nur eine sogenannte Unterstützungs-Brigade und verfügt über keine Kampfpanzer.

Auch die beiden «ausgerüsteten» Mech Br 1 und 11 müssten aber je über einen Vollbestand von 84 Kampfpanzern Leopard 2 (je drei Bataillone à 28) – also insgesamt über 168 – verfügen. Demnach fehlen diesen beiden Brigaden 34 Panzer! Wenn endlich auch die Mechanisierte Brigade 4 voll ausgerüstet wird, braucht diese Brigade weitere 84 Kampfpanzer. Insgesamt fehlen uns also $84 + 34 = 118$ Kampfpanzer. Mit der nötigen Reserve brauchen wir gemäss Fred Heer sogar zusätzlich 152 Panzer. Wenn wir nun die 96 «stillgelegten» Leo 2 wieder unserer Armee zuführen, was zudem eine Kampfwertsteigerung erfordert, fehlen uns immer noch 56 Panzer! Ein Verkauf ist somit verantwortungslos.

Und die Politik?

Ich kann und muss Divisionär Heer nur zustimmen: Ich staune über die militärische Unkenntnis vieler Politiker, welche die stillgelegten Panzer mindestens zum Teil als überzählig bezeichnen. Wie oben dargelegt, ist das Gegenteil der Fall. Wir dürfen für den desolaten Zustand der Armee jedoch nicht nur die linken



Kampfpanzer Leopard 2

Armeeabschaffer verantwortlich machen. Es sind einmal mehr auch «Bürgerliche», welche die Armee in der Phase der Reduktion (ab 2002/03) schmachlich im Regen haben stehen lassen!

Angesichts des barbarischen Angriffskrieges, den Putin gegen die souveräne Ukraine (s. Budapester Abkommen 1994 u.a.) führt, erstaunt mich, dass weder der Bundesrat noch der Bürgerblock im Parlament wirklich Anstalten machen, unserer Armee nun die dringend erforderlichen Mittel für den personellen Aufbau und die Ausrüstung zur Verfügung zu stellen, damit sie ihren Kernauftrag gemäss BV Art. 58 erfüllen kann. Dieser lautet bekanntlich: *Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung.* Nein, der Bundesrat möchte die Erhöhung des Armeebudgets von 1% des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) – also der gesamten volkswirtschaftlichen Leistung – statt wie beschlossen ab 2030 erst ab 2035 wirksam werden lassen. Die Nato-Staaten rüsten sich, wenn nicht schon erfolgt, hingegen mit 2% des BIP für die Verteidigung der Freiheit Europas. Wie lange lassen sich das die bürgerlichen Politiker und das Volk noch bieten?

Ernst Lampert

« Das aktuelle Zitat »

«Irgendwann ist Schluss. Irgendwann nehmen einem die Wähler die ständige Vertröstung auf eine «europäische Lösung» der Migrationsfrage nicht mehr ab. Irgendwann wird das Problem auf die klassische Weise gelöst, nämlich mit nationalem Grenzschutz. Und dann ist das offene Schengen-Europa nur noch eine halbe Seite im Geschichtsbuch.»

Marcel Leubecher, Politikredaktor in der «Welt»
am 4. Juni 2023

«Weiterentwickelte» Schweizer Armee

Schwarzes Loch in der Sicherheit Europas

von Prof. Dr. Albert A. Stahel, Sicherheitsexperte, Hausen am Albis ZH



Als Ergebnis der seit 1989 betriebenen unseligen Reformen ist die Schweizer Armee auf 35'000 Mann an Kampftruppen heruntergewirtschaftet worden. Der grösste Teil der Armee ist auf die Hilfeleistung an die zivilen Behörden ausgerichtet. Damit ist die Armee zu einer Art Dienstleistungsarmee bzw. einer grösseren Feuerwehr geworden.

Die Kampftruppen des Heeres verfügen nur noch über zwei Panzerbrigaden. Eine dritte Brigade ist nicht mit Kampfpanzern ausgerüstet und gilt als Papierbrigade (s. Artikel von Ernst Lampert). Die Luftwaffe verfügt nur über 30 einsatzfähige Kampfflugzeuge F/A-18. In Folge der Abrüstung ist auch die bodengestützte Luftverteidigung nur noch bedingt für den Schutz wichtiger Objekte einsatzbereit.

In einem Ernstfall könnte die Schweiz mit ihrer Rumpfarmee gegenüber einem Gegner nur während Tagen Widerstand leisten. Der Rumpfarmee fehlt auch eine durchdachte Konzeption der Verteidigung. Im Gegensatz zur heutigen Politik der Nato – gemäss dem Generalsekretär des Bündnisses soll jeder Mitgliedstaat mindestens zwei Prozent des Bruttosozialproduktes für die Verteidigung leisten – betragen die Ausgaben der Schweiz für die Armee bescheidene 0,75 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Aufgrund dieser dürftigen



Kampfflugzeug F/A-18 der Schweizer Luftwaffe in Emmen

finanziellen Leistungen, des kleinen Mannschaftsbestandes und der zahlenmässig ungenügenden Ausrüstung mit Kampfpanzern und Kampfflugzeugen kann die Schweizer Armee durch keinen Staat in Europa mehr ernst genommen werden. Mit ihrer Rumpfarmee ist die Schweiz heute nur ein schwarzes Loch in der Sicherheit Europas. Das muss nun endlich geändert werden.

Albert A. Stahel

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.

Preis bis Ende 2023: Fr. 40.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,

Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03

E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

REFERAT MIT APÉRO

«Woke Kapitalismus und die Agenda der Sexualpädagogik-Lobby: Wie Kinder mit «sexueller Bildung» zu «sexuellen Konsumenten» und selber zu «sexuellem Konsumgut» gemacht werden sollen.»

Referat von **Prof. Dr. Jakob Pastötter**, Sozialwissenschaftler und Kulturanthropologe und seit 2006 Präsident der Deutschen Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Sexualforschung (DGSS) in Düsseldorf, Deutschland. In seinen Publikationen weist er auf die Problematik der Frühsexualisierung von Kindern und Jugendlichen hin.

Der Vortrag wird auf Deutsch gehalten und auf Französisch übersetzt.

SAMSTAG, 1. JULI 2023

11:00 UHR

Hotel Arte

Riggenbachstrasse 10

4600 Olten

Eine Anmeldung ist erforderlich:
info@schutzinitiative.ch,
Tel. 061 702 01 00
oder per QR-Code.





Vielfältige *SCHWEIZERZEIT-* Leserschaft



hf. Er war während 24 Jahren im Nationalrat eine markante, führende Stimme in der Gesundheits- und Sozialpolitik. Während andere Politiker über die steigenden Sozial- und Gesundheitskosten jammerten und noch mehr staatliche Eingriffe forderten, hat er konsequent Gegensteuer für mehr Markt und Eigenverantwortung gegeben. Das tut er bisweilen auch heute noch, wenn er zum Schluss kommt, gewissen Parteien und Politikern von Mitte-links müsse wieder einmal der Kompass eingestellt werden. Der Schreinerei-Inhaber (1977–2017), Familienvater, Grossvater, Politiker, ehemalige Sportler und Grenadier ist ein umgänglicher Mensch mit klaren Prinzipien, der politisch stets nach dem Motto «Hoble statt höbele!» gehandelt hat.

Toni Bortoluzzi (toni.bortoluzzi@bluewin.ch)



Sein Grossvater ist seinerzeit aus dem Veneto (Norditalien) in die Schweiz eingewandert, und 1930 wird sein Vater in Affoltern am Albis eingebürgert. Toni Bortoluzzi, geboren 1947, ist – obwohl familiär nicht «vorbelastet» – schon in jungen Jahren politisch interessiert. Und es geht rasch voran: 1982–86 als Gemeinderat, 1986–1998 als Gemeindepräsident, 1984–1991 als Kantonsrat (davon die letzten drei Jahre als Fraktionspräsident) und 1991–2015 als Nationalrat, hat der volksnahe Milizpolitiker alle Stufen durchlaufen. Nach einem Aufenthalt im sozialistischen Schweden, wo er als Schreiner arbeitet, mutiert der Säuliämtler politisch vom Saulus zum Paulus. «Der Missbrauch der sozialen Errungenschaften in Schweden Ende der 60er Jahre hat mir die Augen geöffnet.» Darum wendet er sich später vor allem diesen Themen zu. Und dies aus gutem Grund, werden doch heute rund 30 Prozent unserer volkswirtschaftlichen Leistung (BIP) für die soziale Sicherheit ausgegeben bzw. umverteilt.

In einem Interview im Jahre 1987 meint Bortoluzzi (damals bereits Gemeindepräsident und Kantonsrat): «Ich kann meine vielfältigen beruflichen und politischen Tätigkeiten nur bewältigen, weil ich mit Kathrin, einer Bergbauerntochter aus Elm, eine sehr liebenswerte und tüchtige Frau habe. Sie besorgt die ganze Buchhaltung und die Sekretariatsarbeiten, und das neben einem Haushalt mit vier Kindern im Alter von 2 bis 17 Jahren.» Dann folgt eine eher überraschende Äusserung: «Ich lese gerne philosophische Schriften, denn Kant, Lessing und andere Grössen eröffnen mir neue Wege und Einsichten bei der Beurteilung menschlicher Handelns und politischer Zusammenhänge. Das hat mir auch geholfen, das linke Programm «noch mehr Sozialstaat» richtig einzuordnen: Zuviel Sozialstaat, unnötige Schutzzäune und Mauern machen die Leute unmündig.»

Neue Spitalfinanzierung und Managed Care

«Ich habe mich als Handwerker in die komplexe Materie der Sozialversicherungen eingearbeitet und habe zu Beginn im Nationalrat vom leider verstorbenen Kollegen Heinz Allenspach, FDP, viel gelernt. Später habe ich mit der CVP-Kollegin Ruth Humbel vor allem in der Gesundheitspolitik erfolgreich zusammengearbeitet. Die von uns wesentlich geprägte neue Spitalfinanzierung hat den Druck auf die stationären Einrichtungen erhöht und kostendämpfend gewirkt. Schade, dass die gesetzlichen Auflagen nicht in allen Kantonen konsequent umgesetzt werden. Aber wo kein Kläger ist, ist kein Richter.

Leider wurde dann der zweite Streich, die sogenannte «Managed Care»-Vorlage, mit dem Ziel, den ambulanten Bereich effizient und wirtschaftlich zu gestalten, vom Volk abgelehnt. Es war die grösste politische Enttäuschung in meiner ganzen politischen Laufbahn, weil sich auch die SVP-Delegierten unter dem Eindruck der Ärzte-Lobby (und zweier Parteikollegen, die sich dafür einspannen liessen), für ein Nein ausgesprochen haben. Das Volks-Nein zu dieser Vorlage ist m.E. der Hauptgrund für die ungebremste Kostenentwicklung mit massiv steigenden Krankenkassenprämien.»

Wider die gesellschaftliche Verwahrlosung

«Mühe hatte ich immer – und heute erst recht – mit der zunehmenden gesellschaftlichen Verwahrlosung», meint Bortoluzzi. Dieser Missstand habe ihn im Zusammenhang mit der damals umstrittenen gleichgeschlechtlichen Ehe zur Aussage «Die haben doch einen verkehrten Hirnlappen!» veranlasst, welche in den Medien natürlich völlig aus dem Zusammenhang gerissen worden sei. Aber die weitere Entwicklung zum heutigen Gender-Wahn bestätige seine damalige Einschätzung.

Auch die verfehlte Drogenliberalisierung, die derzeit in Zürich mit der Cannabis-Abgabe an 2'100 «Klienten» wieder vorangetrieben wird, gehört für ihn ins trübe Kapitel gesellschaftlicher Verwahrlosung. «Diesen sogenannten 3½-jährigen Versuch, für den die Stadt 1'500 kg Cannabis einkauft – ein purer Wahnsinn – werden die Verantwortlichen nachher selbstverständlich als Erfolg schönreden. Und die Cannabis-Abgabe wird bis zum Geht-nicht-mehr ausgeweitet. Wie will man so den Jugendlichen erklären, dass Drogen schädlich sind?»



Begeistert vom Schwingen

Ein kleines Stimmungsbild: In der Abstimmungs-«Arena» des Schweizer Fernsehens zur Volksinitiative «Jugend ohne Drogen» (über die am 28.9.1997 abgestimmt wurde), treffen Toni Bortoluzzi als vehementer Gegner der Drogenliberalisierung und der Baslerstädtische FDP-Regierungsrat Jörg Schild als Befürworter aufeinander. Als Bortoluzzi gemäss seinem Prinzip «Hoble statt höbele» gleich zu Beginn unmissverständlich klar macht, was er von Schilds Drogenliberalisierung hält («en fertige Quatsch») meint dieser in breitem Baseldeutsch: «Loose Si, Härr Bortoluzzi, eso kene mer mitenander nid disggudiere, so het's kä Wärt!»

Militär als positives Netzwerk

Bortoluzzis sozialpolitisches Engagement – für einen bürgerlichen Politiker eher eine Ausnahme – hat ihm viele Medien-Auftritte beschert. «Ich wurde oft darauf angesprochen, es gab aber auch lustige



Schreiner mit Leib und Seele

Churz & Bündig

Glättli will aufs Rütli. Aber Rütli-Herrscher ist Nicola Forster, der bürgerlichen Persönlichkeiten den Zutritt zur von ihm präsierten Gemeinnützigen Gesellschaft verweigert, damit er ein bürgerliches Vorstandsmitglied mithilfe linker Stimmen an der Generalversammlung aus dem Vorstand hinaus-ekeln kann. Ob Glättli fürs Rütli von Forster grünes Licht erhält – sozusagen als Anerkennung seiner stramm linken Politik? *us*

Verwechslungen. So hat mich im HB Zürich einmal ein Mann überschwänglich begrüsst und behauptet, wir hätten gemeinsam Militärdienst geleistet, was aber nicht zutrifft. Aber was soll's, irgendwie hatte er schon recht: Als es die Armee mit mehreren Hunderttausend Mann und allgemeiner Wehrpflicht noch gab – heute umfasst sie nur noch rund 100'000 Angehörige, und die Wehrpflicht existiert wegen der praktisch freien Wahl zwischen Militär- und Zivildienst nur noch auf dem Papier – war die Armee auch ein gewaltiges Netzwerk. Auch ich fand im Militär viele gute Kollegen und Freunde. Ich habe als aktiver Leichtathlet bei den Grenadieren in Losone die RS und später die Unteroffiziersschule (UO) absolviert. Mein Kadi im WK in der Grenadier-Kompanie 27 (Gren Kp 27) war Hauptmann Ulrico Hess – und ich war sein Material-Unteroffizier (Mat Uof). Daraus entwickelte sich eine langjährige Freundschaft. Ulrico Hess wurde schliesslich Korpskommandant und ich Nationalrat, und es folgten ausgedehnte, interessante Gespräche in der Berner Bären-Bar. Leider ist Ulrico Hess allzu früh verstorben.»

Toni Bortoluzzi, der sich regelmässig auch in seiner zweiten Heimat Elm aufhält und gerne Wanderungen unternimmt (seine sportliche Karriere hat er im FC Nationalrat als Captain abgeschlossen), hat für die SVP und die Schweiz auch bei schwierigen Ausgangslagen – u.a. als Ständerats- und Bundesratskandidat – vorbildliche Arbeit geleistet. Nun hat er im vergangenen Jahr noch das Präsidium der SVP-Ortspartei Affoltern am Albis übernommen und sich zum Ziel gesetzt, die Partearbeit zu stärken und neue, v.a. junge Mitglieder zu gewinnen. Ich zweifle keine Sekunde, dass ihm das gelingen wird. *Hans Fehr*

Die Schweizerzeit-Agenda

Mittwoch, 28. Juni 2023

«Ja zur Schweiz»

Vortrag von Ulrich Schlüer mit anschliessender Diskussion
Hotel Continental Park, Murbachstrasse 4 (Nähe Bhf.), 6002 Luzern

Freitag, 6. Oktober 2023

Tagesausflug in die Schweizergeschichte

Mülhausen – Basel – St. Jakob an der Birs – Birr AG
Führung: Jürg Stüssi-Lauterburg
Veranstalterin: Schweizerzeit, 8416 Flaach/ZH

BESTSELLER

Die Zuger Landammann-Affäre
Eine Recherche
Michèle Binswanger

Dieses Buch hat eingeschlagen wie 2014 die darin beschriebene Affäre. Eine Art Krimi zu einer mit aller Verbissenheit geführten Polit-Auseinandersetzung. Wir empfehlen dieses Buch besonders auch deshalb, weil es von den grossen Buchhandlungen boykottiert wird – offensichtlich aus Angst vor Jolanda Spiess-Hegglin.

Eigenverlag, 2023, 219 S., brosch., (Richtpreis Fr. 35.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.50


Verheimlicht – vertuscht – vergessen
Was 2022 nicht in der Zeitung stand
Gerhard Wisniewski

Auch für 2023 liegt «das andere Jahrbuch» vor – über Fakten und Tatsachen, die in den Mainstream-Medien unerwähnt blieben. Obwohl auf der Bestseller-Liste des «Spiegel» – vom Buchhandel wird dieses Buch totgeschwiegen. Sein Inhalt ist Vielen allzu brisant.

Kopp, Rottenburg 2023, 278 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 23.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 21.50

GESCHICHTE

Die grössten Schlachten der Geschichte
Entscheidungen in Europa von Salamis bis zu den Ardennen
Klaus-Jürgen Bremm

Schlachten haben nun einmal den Gang der Weltgeschichte wesentlich beeinflusst: Salamis, Alesia, Mantzikert, Trafalgar, Waterloo, Königgrätz, Ardennen und andere: Stätten, wo die Weltgeschichte in neue Richtung gewiesen wird. In einem neuen Buch in ihrem Zusammenhang dargestellt.

Wissenschaftliche Buchgesellschaft/Theiss, 304 S., Großformat, reich ill.
(Richtpreis Fr. 52.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 47.25

AKTUELL

Die Abrechnung
Das einzige Buch, das Ihr Ersparnis vor Umverteilung und Krisen rettet
Matthias Weik

Aufgrund umfassender Faktenkenntnis schildert der Autor den Abstieg der Wirtschaftsstandorts Deutschland mit all seinen verheerenden Folgen auf Bürgerinnen und Bürger. Weshalb befindet sich Deutschlands Automobilindustrie auf absteigendem Ast? Weshalb versinkt Deutschlands Infrastruktur im Desaster? Eine Warnung auch an die Schweiz.

Ariston, München 2023, 363 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 32.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 29.60


Angriff auf unser Bargeld
Warum ein Bargeldverbot vorbereitet wird, wer davon profitiert und wie Sie Ihr Vermögen davor schützen
Michael Brückner

Anstrengungen zu umfassendem Bargeldverbot sind innerhalb der EU im Gange. Darüber orientiert die Neuerscheinung von Michael Brückner – ein Plädoyer für Bargeld und freie, von der Obrigkeit nicht einsehbare Geldnutzung durch jeden Einzelnen.

Kopp, Rottenburg 2023, 208 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 27.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 25.10


Das Phänomen Guérot
Demokratie im Treibsand
Ulrike Guérot / Matthias Burchardt

Ulrike Guérot, Frau mit hohen Verdiensten, äusserte Kritik an der Corona-Politik und fordert raschen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen zum Ukraine Konflikt. Dafür wurde Sie aus Talk-Shows verbannt und selbst ihre Akademische Karriere wurde attackiert. Meinungsfreiheit in der Defensive: Ein beklemmendes Buch legt Fakten offen.

Klarsicht, Hamburg 2023, 138 S., brosch., (Richtpreis Fr. 26.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 23.85

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

SCHWEIZ



1938 – Rommel in der Schweiz

Mit Merkpunkten und Besonderheiten aus dem Lebensweg des Soldatengenerals

Vincenz Oertle

Generalfeldmarschall Rommel, ein Soldatengeneral, war vor und während des Zweiten Weltkriegs eine herausragende

Führungsgestalt. Die, weil von Hitler als Verbündeter des Staufenberg-Attentäters eingeschätzt, schliesslich in den obrigkeitlich erzwungenen Selbstmord getrieben wurde. Er absolvierte 1938 auf Einladung der Offiziersgesellschaft eine Vortragsreihe in der Schweiz, die seinerzeit hohe Beachtung fand. Wie kam es zu dieser Vortragsreise? Wie wurde sie aufgenommen, wie hat sie das Bild Rommels geprägt? Eine interessante Dokumentation.

Appenzeller Verlag, 2017, 163 S., ill., (Richtpreis Fr. 29.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 26.10

BUCHZEICHEN



Demnächst ohne Auto

Warum unsere Mobilität ohne eigene vier Räder nicht möglich, nicht ökologischer und nicht bezahlbar wäre

Oswald Metzger

Ein Buch, das der oberflächlich modischen Pauschal-kritik am Individualverkehr Paroli bietet. Es dokumentiert eindrücklich, was mit der

Menschheit geschieht, wenn grün-rote Autoverbots-Apostel die Macht in der Stadt an sich reissen können.

Das Buch ist flüssig, ja süffig geschrieben, vermittelt indessen alle notwendigen Informationen, die den Leser in die Lage versetzt, billige Schlagworte zu kontern sowie Realitäten und Fakten fundiert zu präsentieren.

Finanzbuchverlag, München 2019, 315 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 35.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.95

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Michèle Binswanger – Die Zuger Landammann-Affäre **à Fr. 31.50**
- Gerhard Wisnewski – Verheimlicht ... **à Fr. 21.50**

Geschichte

- Klaus Jürgen Bremm – Die grössten ... **à Fr. 47.25**

Aktuell

- Matthias Weik – Die Abrechnung **à Fr. 29.60**
- Michael Brückner – Angriff auf unser Bargeld **à Fr. 25.10**
- U. Guérot/M. Burchardt – Das Phänomen ... **à Fr. 23.85**

Schweiz

- Vincenz Oertle – 1938 – Rommel in der ... **à Fr. 26.10**

Buchzeichen

- Oswald Metzger – Demnächst ohne Auto **à Fr. 31.95**

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(11/09.06.2023)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel.-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



SCHWEIZERZEIT am Radio

Das einzige unabhängige
liberal-konservative Radio für den
deutschsprachigen Raum

Auch die Schweizerzeit ist dabei!

Jeden Montag, 10 bis 11 Uhr

Schweizerzeit-Sendungen präsentieren Ihnen
Corinna Zigerli, Stefan Millius und Ulrich Schlüer

www.kontrafunk.radio

oder in der App

KONTRA FUNK



Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

7. Juli 2023

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Veranstaltungen: Elisabeth Liebi

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit,
Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Zieggelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Finanzen, Organisation: Cornelia Rick

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Rechtsstaat ad absurdum geführt

Seit Anfang 2022 ist in der Schweiz ein «Vereinfachtes Geschlechtsänderungs-Gesetz» in Kraft. Alle Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz können seither ab dem 16. Altersjahr ohne vertiefte Prüfung oder Begründung beim Zivilstandsamt ein anderes Geschlecht eintragen lassen. Ein zehnminütiges Gespräch beim Zivilstandsamt sowie eine Bearbeitungsgebühr von 75 Franken genügen. Es ist den Ämtern ausdrücklich untersagt, Rückfragen zu den Motiven zu stellen oder medizinische Atteste einzufordern.

Das offenkundig auf der Hand liegenden Missbrauchspotenzial wurde vor Verabschiedung des Gesetzes von der Parlamentsmehrheit in den Wind geschlagen. Warner wie der Thurgauer SVP-Kantonsrat Hermann Lei wurden verspottet – selbst Bürgerliche sind unter dem massiven Druck der LGBT-Lobby eingeknickt. Wie so oft in der Politik, muss immer zuerst etwas passieren, bis naive Mitläufer aufwachen und kleinlaut eingestehen, dass das «alles nicht so geplant» gewesen sei ...

Denn nun gerät das weltfremde Gesetz endlich unter breiten Beschuss. Die «SonntagsZeitung» machte nämlich am 10. Juni 2023 den Fall eines jungen Mannes publik, der sich erfolgreich zur Frau erklären liess, um der anstehenden Wehrpflicht zu entgehen. Er gab dabei

sogar offen zu, dass er diesen Schritt nur mache, um nicht ins Militär gehen zu müssen. Diese Enthüllung lässt Befürworter des neuen Gesetzes wie Bundesrätin Karin Keller-Sutter ganz alt aussehen. Noch in der Parlamentsdebatte sagte die damalige Justizvorsteherin wörtlich: «Es ist gänzlich absurd, zu glauben, man würde sich einfach im Personenstandsregister zu einer Frau machen lassen, weil man nicht in den Militärdienst will.»

Offensichtlich hat sich die Frau Bundesrätin getäuscht. Ebenso wenig hat sie wohl einen anderen Fall kommen sehen, der bereits im Januar 2022 – kurz nach Einführung des Gesetzes – für Aufsehen sorgte. Ein 60-jähriger Luzerner liess sich dannzumal vom Zivilstandsamt zur Frau erklären. Dies nicht, weil er sich mit diesem Geschlecht besser identifizieren könne. Sondern aus rein finanziellen Gründen: Dank der Geschlechtsänderung kann der Mann ein Jahr früher in Rente gehen – und erhält so zwischen 15'000 und 30'000 Franken zusätzlich.

Die womöglich gut gemeinte Gesetzesänderung erbringt einmal mehr den Beweis, dass irrationale, auf der Gefühlsebene basierende (im nationalen Parlament oft mehrheitsfähige) Politik die Verlude- rung des Rechtsstaates befeuert.

Anian Liebrand

Schluss
Punkt